

Volksrecht

für Schlefien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aundfun“, „Sozialistische Literatur-Aundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in den Beilagen durch die Haupt-Expeditio...
monatlich 1,75 Rml. + 85 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rml. Durch die Post einzgl. Belegungsgebühren 2,46 Rml.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle **Dreslau 2**
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Dreslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Dreslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlefien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Vereins-, Besammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das selbe Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expeditio...
Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Anverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Rechenschaftsbericht der preußischen Regierung im preußischen Landtag.

Der Preußische Landtag begann am Dienstag mit der dritten Lesung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1928.

Hg. Schlange-Schönungen (Dnat.): In keinem Kabinett seit Jahrzehnten habe ein Mann der Regierung so stark seinen Willen aufgedrückt wie Otto Braun. (Bravo! bei den Soj.) Wir haben in Preußen eine „sozialistische“ Regierung mit dem Blendwerk einer schwarz-rot-goldenen Götze. An Stelle der Höchstleistung fordert man von Beamten das Parteidogma. (Lebhafter Zuruf: Rndell!) Wir bekennen uns glühend zu dem nationalen Streben der Jugend, der die Zukunft gehört. (Zuruf: Herr Subroff!) (Große Heiterkeit.) Wir danken dem Grafen Bernstorff für sein mannhafte Auftreten im Genf. Die Andäberungsversuche bei dem Ausland machen uns nur verächtlich. Deshalb bekennen wir uns auch ohne alle Umstände zu den Wehrverbänden.

Hg. Kiedel (Dem.): Graf Bernstorff wird in seinem Kampf für die Abklärung den deutschnationalen Dank und das deutsch-nationale Bekenntnis zu den Wehrverbänden nicht als Unterstützung empfinden. Es ist eine Verleumdung, wenn Herr Schlange-Schönungen behauptet, die deutsche Revolution habe die Waffen weggerufen und sei vom Schlachtfeld geflüchtet; das hat nur der oberste Kriegsherr getan. (Sehr gut! links.) Die Grabrede Schlange-Schönungens hat im übrigen den völligen deutschnationalen Bankrott nicht zu verhillen vermocht.

Die übermäßige Steuerbelastung des Mittelstandes ist die Folge des unglücklichen Finanzsystems, den deutschnationalen und Reichspartei 1925 beschlossen haben.

Die preußische Staatsregierung hat namentlich durch Befolgung des Baumarktes zur Aufhebung der deutschen Wirtschaft das Menschenmögliche getan.

Ein Antrag der Koalitionsparteien ermächtigt die Regierung, die Renovationen der Gemeindevereinigungen hinauszuschieben und den Wahltag bis Ende 1928 festzusetzen. Der Antrag wird, nachdem die Kommunisten gegen die Verschiebung der Gemeindevahlen protestiert haben, gegen Kommunisten und einen Teil der Reichsparteien in zweiter Lesung angenommen.

An Stelle des erkrankten Ministerpräsidenten Dr. Braun erstattet Wohlfahrtsminister Dr. Hirtler namens des Staatsministeriums den

Rechenschaftsbericht der preußischen Regierungskoalition.

Der Etat für das Rechnungsjahr 1928 bildet den Abschluss der Tätigkeit des Kabinetts der Weimarer Koalition in Preußen. Wir legen deshalb vor den Wählern einen politischen Rechenschaftsbericht darüber ab, ob wir das uns seit dem 14. Januar 1925 geschenkte Vertrauen gerechtfertigt haben.

Vor allem ist es durch feste und ruhige Zusammenarbeit der Koalitionsparteien gelungen, die ewigen Kräfte zu vermeiden, die im Reiche so viel Unruhe erzeugt haben. Preußen war der ruhende Pol in der Erscheinung und Zukunft. Preußen ist und bleibt der feste zuverlässige Kern des Reiches und der sichere Garant seiner Zukunft. (Beifall links.) Aus den positiven Erfolgen der preußischen Regierungspolitik werden die Wähler zweifellos die Folgerung ziehen, daß diese Staatspolitik unbeirrt und unverändert auch in Zukunft fortgeführt werden muß. (Lebhafte Zustimmung bei den Parteien der Weimarer Koalition.)

Die zunehmende Konsolidierung des Staates prägt sich in seinen gelunden Finanzen aus. Trotz des Verlustes der Eisenbahn, trotz der Entziehung wertvollen Staatsbesitzes durch den Friedensvertrag ist es gelungen, den Etat auszugleichen und dabei die Verstaatlichung der Polizei durchzuführen und den Gemeinden erhöhte Zuwendungen zu machen. Heberall da, wo es sich nicht um dringende produktive Aufgaben handelt, ist gespart worden. Die 566 Millionen Anleihe-Einnahmen sind ausschließlich produktive Verwendungen zugeführt worden, insbesondere der Bauartigkeit, den Kultivierungsarbeiten und den staatlichen Elektrizitätsunternehmungen. Trotz wachsender Ausgaben auf allen Gebieten sind die Staatsausgaben nicht gestiegen. Darum konnten wir auch die Beamtenbesoldungsreform ohne Schwierigkeiten durchführen. Die Wirtschaft hat sich in den letzten drei Jahren wesentlich gehoben. Die Einlagen bei den Sparkassen sind von 1,1 auf über 3 Milliarden gestiegen. (Hört, hört!) Die Kohlenproduktion hat sich in den drei Jahren um 20 Prozent, die Rohleistungsgewinnung um 60 Prozent, die Kohlenleistung um 80 Prozent gehoben. Und das nennt die Opposition eine „Katastrophe“. (Lachen links.) Tatsächlich ist es uns gelungen, die Schäden der Kriegs- und Inflationszeit zum größten Teil auszugleichen.

Aber wichtiger und bedeutender als die Wirtschaft ist der lebende Mensch. Er ist es, der wirtschaftlich und für den Vertrag der Wirtschaft letzten Endes bestimmt ist. Das wäre ein schlechter Staat, in dem die Wirtschaft blüht und die Produktionshöflichkeit ins Riesenhafte wachsen, aber die arbeitenden Menschen zum Sklaven der sie fressenden Arbeit geworden, körperlich verelendeten und geistig verkommen. (Sehr wahr! bei den Koalitionsparteien.) Der preußische Staat hat deshalb eine großzügige Wohlfahrtspolitik zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen getrieben. In erster Reihe steht hier die Neubamität. In den letzten drei Jahren sind 420 000 Neubauwohnungen errichtet worden, davon 300 000 aus Hausgenossenschaft. Gegenwärtig sind 90 000 Neubauwohnungen im Bau. Das Städtebaugesetz mit seinen gesundheitlichen Fortschritten wird die Regierung im neuen Landtag durchzuführen wissen. (Zuruf rechts: Wenn die Regierung wiederkommt!) Das ist eine

geradezu selbstverständliche Voraussetzung, die die preußischen Wähler erfüllen werden. (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.) Erhebliche Mittel wurden für die Kleinkinderfürsorge bereitgestellt, für die Schaffung von Jugendheimen, Turnhallen, Sport- und Spielplätzen. Soziale Frauenschulen und Wohlfahrtschulen für Männer wurden reichlich unterstützt. Für die produktive Arbeitslosenfürsorge wurden 182 Millionen Mark aufgewandt. Davon sind unter anderem 35 000 neue Landarbeiterwohnungen gebaut worden. (Hört! hört! links.)

Die Regierung protestiert auf das Entschiedenste gegen die ganz unzulässige Behauptung vom Bankrott der gesamten Landwirtschaft. Die große Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist durchaus erntenzähig, und die preußische Staatsregierung tut alles Erdenkliche, um die Landwirtschaft gesund zu erhalten. Erzwungen wird ihr diese Aufgabe durch den parteipolitisch interessierten Kampf des Reichslandbundes gegen die preußische Regierung, durch die Unzureichung und Aufpeitschung der ländlichen Bevölkerung zu einem ganz ungerechtfertigten Mißtrauen. (Sehr wahr! links, Unruhe rechts.)

Wichtig bedenkenlos wird die preußische Regierung für Handlungen verantwortlich gemacht, die von dem Reichstrennungsmann des Reichslandbundes in der Reichsregierung zu verantworten sind.

(Sehr gut! links.) Die Staatsregierung wird sich durch bestellte Demonstrationen sowie durch Gewaltakte, denen gegenüber die volle Schärfe der polizeilichen Abwehr einzusetzen muß, in keiner Weise darin betreten lassen, der landwirtschaftlichen Bevölkerung Preußens nach Kräften zu helfen. (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.) Der wirklich kollektiven Bauern- und Landbevölkerung werden die Steuern gesenkt oder erlassen. Das landwirtschaftliche Kreditwesen wird durch Zuführung von 130 Millionen Mark an die Preußentasse saniert. Notstandscredite und Düngemittelcredite helfen über Naturkatastrophen hinweg. Eine durchgreifende Siedlungsaktivität wird trotz der ungünstigen Verhältnisse am Geldmarkt fortgesetzt. Auch die beständige Landarbeiterlosigkeit in der Ostmark wird in weitem Umfang mit der heimatischen Scholle verworkt. Im Westen werden großzügige Meliorationsarbeiten durchgeführt.

Insgesamt wurden in den letzten drei Jahren 455 Millionen für die Förderung der Landwirtschaft auswendig.

Der alte Staat wandte im Jahre 1913 dafür 58 Millionen auf. Nur blinder Haß oder absoluter Unverstand kann danach noch von einer Landwirtschaftsfeindlichkeit der preußischen Regierung sprechen. (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Auf dem Gebiete der Rechtspflege haben wir eine großzügige Gnadenpflanz

geübt. Die Amnestie von 1925 umfaßte 35 000 Beschuldigte und Verurteilte, die Amnestie von 1927 deren 15 300. Die Zahl der Strafgefangenen ist in den letzten drei Jahren um die Hälfte gesunken. Die gesamte innere Verwaltung ist mit demokratischen und republikanischen Geist erfüllt worden. Die Schutzpolizei ist ein zuverlässiges Staatsinstrument und hat jede Störung von Ruhe und Ordnung im Reiche erstickt. Der gesamten Polizeibeamtenschaft gebührt der Dank der Staatsregierung für ihre hervorragende nationalpatriotische Leistung. (Bravo! bei den Regierungsparteien.)

Die preußische Kulturpolitik war von dem Gedanken bestimmt, daß in einem parteipolitisch und weltanschaulich zerrissenen Volk eine Politik der Versöhnung getrieben werden müsse. Es war nicht Schuld der preußischen Regierung, daß nicht ein Reichschulgesetz zustande kam, das allen großen Weltanschauungsgruppen gerecht wurde. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte.) Im Hochschulwesen sind wir den Auswärtigen parteipolitischen Verhöhnung inkräftig entgegengetreten. Von den Hochschullehrern des Staatsrats müssen wir verlangen, daß sie die künftigen Beamten der Republik mit aufrichtiger republikanischer Staatsgestimmung erfüllen. (Sehr gut! links.)

So sind wir mit schnellen Schritten vorwärts und aufwärts gegangen. Unendlich viel schneller, als wir alle es in den schlimmen Zeiten der Inflation geglaubt haben. Die Staatsregierung ist auch in den schwersten Krisenzeiten des Ruhrkampfes, als Deutschlands ältteste Kulturgebiete bedroht waren, an der Zukunft Preußens und Deutschlands nicht irre geworden. Sie hat bis zum letzten um die Existenz und Einheit des Staates und des Reiches gekämpft. Das schwerste liegt weit hinter uns, die Gefahr wirtschaftlicher und finanzieller Katastrophen und die Bergweilungsausbrüche verelendeter Volksgenossen sind überwunden. Künftige preußische Regierungen werden die Hände frei haben für die produktive Aufbauarbeit. Diese Arbeit muß dem ganzen Volke zugute kommen. Sie soll allen besseren Lebensbedingungen geben, die mit Hand und Kopf arbeiteten, und die bestlos gewordenen ehemaligen Rentner traktvoll stützen.

Frage aus den kommenden Wahlen ein Landtag erheben, der einer konsequent republikanischen Staatsregierung eine große Mehrheit sichert. Unsere Arbeit soll ganz und ungeleitet dem Volke in allen seinen Schichten und besonders des wirtschaftlichen Schwachen zugute kommen. (Lang anhaltender lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Die Fortsetzung der Staatsberatung wird auf Mittwoch verlegt.

Immer neue Vertuschungsversuche.

Ein sehr merkwürdiger Pressebericht des Oberpräsidenten Dr. Maier zum schlesischen Finanzkonflikt.

Oberpräsident Dr. Maier, der Vorsitzende des Schiedsgerichts für die Auseinandersetzung der Provinzen Ober- und Niederschlesien, veröffentlichte gestern einen Pressebericht, der in vieler Beziehung als sehr sonderbar bezeichnet werden muß. Vor allen Dingen deshalb, weil er in seiner wichtigen Schlussfeststellung, bisher wenigstens, einfach nicht der Wahrheit entspricht. Wenn es nämlich am Schluß heißt: „Ein Streit besteht zwischen den Provinzen Ober- und Niederschlesien nicht mehr, daß die Veräußerung der Effekten und die Auflösung der Fonds auf Grund des Provinziallandtagsbeschlusses vom 14. April 1923 in Verbindung mit dem Provinzialauschussbeschluss vom 14. November 1923 erfolgen durfte“, so ist das schon deshalb nicht wahr, weil die zuständigen Instanzen beider Provinzen, sowohl der Provinz Oberschlesien als auch der Provinz Niederschlesien, die Provinziallandtage und die Provinzialauschüsse, noch keinerlei Beschluss gefasst haben. Insbesondere hat der Provinzialauschuss der Provinz Oberschlesien sich noch nicht mit dem Bericht der untersuchenden Beamten befasst. Es könnte sich also lediglich um eine Zurücknahme der Anträge und Vorwürfe durch den Landeshauptmann von Oberschlesien, Bionlet, persönlich und um eine persönliche Zustimmung der beiden Landeshauptmänner handeln, sie haben aber in keiner Weise das Recht, für die Provinzen bindende Zustimmungen zu geben. Man sieht übrigens Herrn Bionlet, tüchtig unter Druck gesetzt zu haben, um zu erreichen, daß er seine Vorwürfe zurücknimmt. Tatsächlich sind nämlich die Vorwürfe, die in der von uns nachfolgend zitierten Denkschrift des Landeshauptmanns von Oberschlesien gegen die Finanzverwaltung von Niederschlesien erhoben worden sind, bisher in keiner Weise widerlegt worden.

Das geht zum Teil auch indirekt aus dem Pressebericht des Oberpräsidenten Dr. Maier selbst hervor. So muß dieser Pressebericht selbst zugeben, daß für einen Betrag von 8 620 000 Mark die Einzelverkaufsaufträge noch nicht vorliegen. Wenn es dann weiter heißt: „Das betreffende Belegmaterial war bereits aus der laufenden Verwaltung ausgenommen und auf dem Speicher untergebracht und bedarf noch der Sichtung“, so ergeben sich dabei sofort zwei Fragen:

1. Warum ist nur ein Teil des Belegmaterials ausgenommen und auf den Speicher gebracht, das übrige Belegmaterial zu den gleichen finanziellen Aktionen aber nicht? Warum wurde überhaupt ein Teil des Belegmaterials bereits ausgenommen und fortgeschickt, bevor die Auseinandersetzung zwischen Oberschlesien und Niederschlesien erledigt war?

2. Seitdem die Untersuchung durch die Beamten des Oberpräsidenten Dr. Maier wieder aufgenommen ist, sind bis heute 14 Tage vergangen, 11 Tage sind vergangen, seitdem die ersten Angriffe gegen die Finanzverwaltung von Niederschlesien in der Presse standen. Warum sind in diesen 14 bzw. 11 Tagen die noch fehlenden Belege nicht herausgefunden?

Man wird zugeben, daß somit der hinreichende Verdacht besteht, daß die Belege eben einfach nicht mehr vorhanden sind, ja, daß diese Belege überhaupt nicht existiert haben. Wir müssen es aber als eine unverantwortliche Nachlässigkeit des Schiedsgerichtes und der in seinem Auftrag die Untersuchung führenden Beamten bezeichnen, daß diese Fragen ungeklärt blieben. Es sieht fast so aus, als ob man die niederschlesische Finanzverwaltung auf jeden Fall rechtfertigen wollte.

Was die Untreue einzelner Beamter der Kassenverwaltung der Provinz Niederschlesien angeht, so muß der Bericht des Herrn Dr. Maier zugeben, daß hier in weitgehendem Maße unerlaubte Schiebungen vorgenommen sind. Darüber schreibt der Bericht:

„Von den veräußerten Effekten sind 2 253 750 P.M. an Beamte der schlesischen Provinzialverwaltung verkauft. 322 650 P.M. Effekten sind an nicht namhaft gemachte Käufer abgegeben. Es ist wahrscheinlich, daß die Erwerber gleichfalls Provinzialbeamte waren.“

Es ist in Aussicht genommen, jedenfalls gegen einen Beamten, der der Hauptteil dieser Effekten übernommen hat, im Klagewege vorzugehen.“

Beamte der Provinzialverwaltung haben also Effekten für insgesamt mehr als 2½ Millionen Mark sich selbst zugekauft. Interessant ist hier, daß für die Verkäufe von 322 650 P.M. Effekten die Käufer überhaupt nicht angegeben sind. Daß hier die Buchführung nicht in Ordnung ist, ergibt sich daraus von selbst. Denn eine ordnungsgemäße Buchführung müßte den Käufer namhaft machen. Somit widerlegt sich der Bericht des Dr. Maier selbst, wenn er behauptet, daß die Buchführung in Ordnung gewesen sei. Warum wird übrigens an dieser Stelle verschwiegen, daß ein Beamter sogar einen großen Teil der Effekten an sich selbst verkauft hat? Denn das wird heute selbst von der Provinzialverwaltung von Niederschlesien nicht mehr bestritten.

Auch sonst ist der Pressebericht des Dr. Maier außerordentlich unklar, unvollständig und widersprüchlich. Zuerst wird behauptet, die Verkaufserlöse sämtlicher verfallenen Fonds und Stiftungen seien diesen zugeführt. Später wird selbst festgestellt, daß der Betrag von 4534 400 RM. von der Provinzialhilfskasse verkauft und als Betriebsmittel verbraucht worden sind. Gar nichts sagt der Bericht über die Verwendung des Erlöses für den Betrag von 14 396 900 RM. Effekten, hinsichtlich deren zwischen Ober- und Niederschlesien eine Meinungsverschiedenheit bestehen könnte, in welchem Verhältnis beiden Provinzen der Gegenwert zuzueht. Dies ist aber gerade bei der wesentlichen in Betracht kommenden Posten. Wenn der Erlös aus diesen Effekten nicht für die Zwecke verausgabt wird, für die die Fonds und Stiftungen bestimmt waren, aus denen sie stammen, so bedeuten die Verkäufe eben doch eine Auflösung der Fonds, und da sie, wie aus der Nachweisung sich ergibt, zu einem Zeitpunkt stattgefunden haben, bevor der Beschluß des Provinzialauschusses über die Auflösung der Fonds gefaßt war, ja sogar teilweise, obwohl der Provinzialauschluß später beschlossen hat, einzelne von diesen Fonds nicht aufzulösen, so ist gerade in diesem wesentlichen Punkte die von uns im Anhang an die Denkschrift des Herrn Piontel behauptete Geschicklichkeit der Effektenverkäufe durch den Bericht des Herrn Dr. Maier nicht widerlegt. Bei dieser Gelegenheit darf auch noch festgestellt werden, daß in einer Vorlage des Landeshauptmanns von Niederschlesien an den Provinzialauschluß für Niederschlesien vom 25. März 1928 selbst angegeben wird, daß die Erlöse der verfallenen Wertpapiere dem Betriebsfonds der Landeshauptklasse zugeführt wurden, daß in dieser Vorlage ferner selbst angegeben wird, daß die zinsbare Anlegung der zu den Fonds gehörigen Kapitalien nach dem Regulatorium vom 5. Juli 1878 dem Provinzialauschluß zuzueht, während tatsächlich die Verkäufe, also zum mindesten die anderweitige Anlegung der zu den Fonds gehörigen Kapitalien, dauernd vom Landeshauptmann selbständig ohne Befragung des Provinzialauschusses durchgeführt worden sind.

Endlich muß hier noch ergänzend mitgeteilt werden, daß sich bei näherer Prüfung herausgestellt hat, daß die Vorlage in einem wesentlichen Punkt sogar die Unwahrheit sagt. Denn der Beschluß des Gemeinsamen Provinzialauschusses vom 29. August 1923, der das eben genannte Regulatorium ändert, sanktioniert keineswegs nachträglich das selbständige Vorgehen des Landeshauptmanns, sondern ändert lediglich den Abrechnungsmodus, hebt nämlich die Verpflichtung zu halbmonatlicher Abrechnung über die Fonds auf, bevollmächtigt den Landeshauptmann aber durchaus nicht, daß er allein über die Anlegung der zu den Fonds gehörenden Kapitalien entscheidet.

Es ist sehr eigentümlich, daß der Bericht des Oberpräsidenten Dr. Maier auf diese Dinge überhaupt nicht eingeht. Es zeigt sich auch hier, daß seine Beamten und das Schiedsgericht selbst mit einer unerhörten Nachlässigkeit gearbeitet haben.

Es ist heute nicht möglich, noch näher auf die übrigen noch unklaren und noch näher zu untersuchenden Punkte bzw. auf die übrigen Geschicklichkeiten, die erfolgt sind, einzugehen. Unsere Partei, sowohl die Fraktion des Provinziallandtages wie auch die Fraktion im Preussischen Landtage, wird der Sache weiter nachgehen und eine neue, wirklich unparteiische Untersuchung aller Vorgänge verlangen. Wir selber betreiben aber auf unserer Forderung, daß das Ministerium des Innern unverzüglich von sich aus eingreift und einen anderen Beamten mit der Untersuchung betraut als den Oberpräsidenten Dr. Maier.

Roste wird energisch.

Hannover, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) Oberpräsident Roste hat am Dienstag die hannoversche Landwirtschaftskammer eröffnet und betont, daß der Preussische Staat bemüht sein werde, zu helfen, wo er nur könne. Als der Vorsitzende des hannoverschen Landtages, Carl Lördes, die Rede des Oberpräsidenten Roste auf dem hannoverschen Provinziallandtag darauf heftig kritisierte, legte der Oberpräsident Beschwerde dagegen ein und betonte, daß die Aufgabe der Landwirtschaftskammer die Bearbeitung landwirtschaftlicher Fragen sei, und daß es nicht Zweck und Ziel ihrer Tätigkeit sei, agitatorische Speeches zu machen und politische Debatten zu pflegen.

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.
Copyright 1927 by Melit-Berlag A.-S., Berlin S. 50

Nach dem Dinner begaben sie sich in einen größeren, feineren dralerartigen Raum, wo der Alter durch eine Leinwand etwas war. Gegenüber befand sich der Borfrühungsapparat; die Wände waren mit Bildern bedeckt, um die beiden ersten Szenen aus Anabelle's neuem Film „Danke der Leidenschaft“ zu beglaubigen. Es handelte sich um die herzerweichende Geschichte eines jungen Mädchens aus der Gesellschaft, das heiratet und dessen jüngerer, junge Gatte von einer geschiedenen Frau auf Abwege geführt wird. Um ihn effensich zu machen, konzentriert die Frau mit einem illegalen Mittelhandlung, wird auf ein mit dem beifahrenen Schiff verschleppt und aus Louisiana das übliche Zeremonie und Zeremonie weiblicher Klagengehilde.

„Mein Gott“, rief sie Tracy zu Sunny gemahnt, „Anabelle spielt nun schon seit dem Entschieden demjenigen Grade den Beschäftigung, die sie in einer Rolle aufgetreten, die über die Fähigkeiten eines weltfremden Kindes hinausgeht.“ Sie werden es für einen Scherz gehalten, aber es ist Tatsache. Diese Szene erzählt den Jüngling der Filme einer Anzahl von Schicksalen, und das Leben nicht gefüllt, wird herausgehoben.“ In Anabelle's jüngerem Jüngling: „Ja, meine Liebe, der Film wird gut gehen, er entspricht dem allgemeinen Geschmack.“ Und wieder zu Sunny gewandt: „Das ist das Beste an Anabelle, wenn auch sie etwas sagt, ist sie zufrieden und fragt nicht, ob man den Film für ein Kinderspiel hält. Jeder Jüngling hat es, und ich habe mir Zeit gemacht gemacht, weil ich nicht fragen will. Ich sage immer, daß doch die Kunst aus dem Spiel, Rechte; wir wissen ja, daß es Kunst ist.“

Eine deutsch-russische Flugentente.

Rohmann und die Reichswehr
Arm in Arm mit der Sowjetregierung.

Am Dienstag ist der Phöbus- Skandal endlich zur parlamentarischen Liquidation gekommen. Mehr als sieben Monate hat es dazu bedurft. Schließlich wußte sich auch die Reichsregierung vor dem Druck der Sozialdemokratie nicht mehr zu retten. Sie mußte Farbe bekennen, so schwer es ihr auch fiel. Das Ende vom Liede war die Feststellung, daß in den letzten Jahren von der Seetransportabteilung des Reichsmarineamtes 35 Millionen Mark ohne Kontrolle des Parlaments verpulvert worden sind.

Die Kommunisten spielten im Verlauf der ganzen Untersuchung eine äußerst unglückliche Rolle. Sie selbst wußten von den Dingen nichts und verstanden auch kaum etwas davon. Es blieb ihnen nichts anderes übrig, als an Kleinigkeiten zu mädeln und bei erfolgten Feststellungen noch einige wilde Worte zu machen. Im übrigen bemühten sie sich, Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie zu fabrizieren. Aber das bekam ihnen diesmal besonders schlecht. Als z. B. der kommunistische Redner Schnellert am Dienstag im Plenum des Reichstages gegen die Sozialdemokratie den sinnlosen Vorwurf erhob, daß sie geheime Rüstungen der Reichswehr bede und für den Phöbus-Skandal mitverantwortlich sei, gab ihm der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Hermann Müller sofort die richtige Antwort. Er stellte fest:

„daß Rohmann und seine Freunde, wie z. B. der Admiral Behade, mit Rußland in sehr guten Beziehungen gestanden haben und das Reichswehrministerium der Sowjetunion bisher überhaupt sehr mißtrauisch gegenübergestanden hat. So habe im Jahre 1926 sogar eine deutsch-russische Flugentente bestanden. Eine größere Anzahl deutscher Flugzeuge war vom Reichswehrministerium nach Moskau entsandt worden, um dort gemeinschaftlich mit russischen Flugzeugen zu manövrieren.“

Die Kommunisten erwiderten auf diese einwandfreien und nicht zu widerlegenden Feststellungen mit dem üblichen Geschrei. Niemand aus ihren Reihen wagte es, auf die Tribüne des Haupte zu steigen und die Angaben von Hermann Müller zu widerlegen. Eben erst versuchten sie festzustellen, daß Deutschland im Einverständnis mit der Sozialdemokratie gegen Rußland im Geheimen rüste und sich besonders mit England gegen Rußland bewähme, als sie Beweise des Gegenteils eintrafen und sich sagen lassen mußten, daß die russische Regierung hinter dem Rücken der deutschen Öffentlichkeit und der Reichsregierung mit dem Reichswehrministerium erstaunlich freundschaftliche Beziehungen unterhält. Darauf waren die Kommunisten nicht gefaßt. Aber ähnlich wie die Lieferungen von Sowjetgranaten für die deutsche Reichswehr wird ihre Presse jetzt natürlich auch die einwandfrei erwiesenen Beziehungen deutscher Militärs zu Sowjet-Rußland hirsieren. Sie mögen sich hüten...

Pilsudski schnappt über.

Er läßt Abgeordnete aus dem Parlament heraus verhaften.
Warschau, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag nachmittag fand die feierliche Eröffnung der Sejm- und Senatsession durch Pilsudski statt. Der Marschall wurde von den Abgeordneten seiner Partei mit lang anhaltendem Beifall begrüßt. Als dieser Beifall erklingen war, erhoben sich die Abgeordneten der äußersten Linken und beschuldigten den Reichsmarschall Pilsudski eines unerhörten Terrors. Pilsudski flüchtete daraufhin dem Innenminister etwas ins Ohr. Dieser verstand sofort, um wenige Minuten später an der Spitze einer großen Polizeibeamtenabteilung wieder zu erscheinen. Die Polstristen warren sich in brutaler Weise auf die kommunistischen Abgeordneten, legten ihnen Fesseln an und führten sie unter angelegtem Entschuldigungsdruck der Polizeibeamten ab. Insgesamt wurden 14 Abgeordnete, hauptsächlich Kommunisten und ukrainische Radikale, festgenommen. Später wurden 10 Abgeordnete wieder auf freien Fuß gesetzt.
Pilsudski legte sich nach diesem Zwischenfall auf den Stuhl des Sejm-Marschalls. Sobald die kommunistischen Abgeordneten Rußland zu machen versuchten, rief er: „Wollt ihr wohl Ruhe halten!“ Als dann zur Verteidigung der Abgeordneten geschritten wurde, kam es wieder zu scharfen Zusammenstößen, sobald die vorher abgeordneten Abgeordneten ausgerufen wurden. Pilsudski kammerie sich jedoch in keiner Weise darum. Die sozialistischen Abgeordneten reagierten auf seine majestätischen Äußerungen jedesmal mit dem bekannten Lied „Die rote Fahne“.

das vor Jahren auch einmal von Pilsudski als Sozialist mitgegründet worden war.

Eine Stunde später wurde auch der Senat durch Pilsudski eröffnet. Zum provisorischen Alterspräsidenten hat er unter Umgehung des greisen Führers der polnischen Befreiungskämpfe, Limanowski, einen rechtsstehenden Senator berufen.

Niederlage Pilsudskis bei der Marschallwahl.

Warschau, 28. März. (Eigener Funkbericht.) Den Höhepunkt der gestrigen Sejm-session bildete die Wahl des Sejm-Marschalls. Von der Regierung war als Kandidat der bisherige Vizepräsident Bartel in Vorschlag gebracht worden. Aber schon der erste Wahlgang führte zu einem überlegenen Erfolge des Führers der Sozialdemokratie, Dajnycki, über Bartel. Der zweite Wahlgang, der erst gegen 10 1/2 Uhr zu Ende ging, brachte dann den endgültigen Sieg Dajnyckis, und zwar mit einer Stimmenmehrheit von 205 gegen 132 Stimmen. Dieses Ergebnis wurde von der Linken mit stürmischem Beifall aufgenommen, während die Minister demonstrativ den Sitzungssaal verließen. Ihnen schlossen sich die Abgeordneten der Regierungspartei an. Dajnycki erklärte, daß er die Wahl annehme.
Die Konsequenzen dieses Wahlergebnisses sind vorläufig noch nicht abzusehen. Tatsächlich erfolgte die Wahl Dajnyckis trotz aller Vorbereitungen der Sozialisten völlig unerwartet.

Als Senatsmarschall wurde der von Pilsudski vorgeschlagene Warschauer Universitätsprofessor Symanski gleich im ersten Wahlgang mit geringer Stimmenmehrheit gewählt.

Neue Waffenfunde bei Böllischen.

Auf einem Rittergut in Pommern.
Stettin, 28. März. (Eigener Funkbericht.) Auf dem Gute Eichwerder, Kreis Greifenhagen in Pommern, das dem böllischen Gutsbesitzer v. Bodungen gehört, ist ein großes Waffenlager entdeckt worden. Die Waffen — es handelt sich um vier Maschinengewehre, drei Maschinenpistolen, eine große Menge Eisen- und Stielhandgranaten, sowie eine Menge Munition — wurden der Reichswehr in tadellosem Zustande übergeben. Verraten wurde das Lager durch die Ehefrau des Gutsbesizers v. Bodungen, die mit ihrem Mann in einem Scheidungsprozess steht. Eine amtliche Festätigung der Meldung liegt bisher noch nicht vor. Es ist aber bekümmert damit zu rechnen, daß sie bereits heute oder morgen erfolgt.

Der Schulkampf in Berlin.

Der Kampf gegen die weltliche Schule, den die evangelischen Elternvereine in Berlin durch einen Kampfreis führen, hat Dienstag früh aufs Neue eingeleitet. In den Doppelschulen in der Kappeler- und Andreas- und Sonnenburger Straße sind rund 1500 Kinder nicht zum Unterricht erschienen.

Wirth nimmt nicht an.

Der Reichskanzler a. D. Joseph Wirth wird das Angebot der Demokraten, in Düsseldorf-Ost und -West zum Reichstag zu kandidieren, nicht annehmen. Der Reichsparteivorstand des Zentrums, der am 11. April in Berlin zusammentritt, dürfte ihm eine Kandidatur an aussichtsreicher Stelle der Reichsliste anbieten. Wirth ist davon bereits unterrichtet.

Hermes, Präsident der Bauernvereine.

Aus Münster wird gemeldet, daß die Vereinigung der deutschen Bauernvereine am Dienstag den Zentrumsabgeordneten Dr. Hermes zu ihrem Präsidenten gewählt haben.

Berlins Defizit.

Der Haushaltsplan der Reichshauptstadt weist für 1928 ein Defizit von 19 Millionen Mark auf. Der Versuch, dieses Defizit wenigstens teilweise durch einen besseren Finanzausgleich zugunsten Berlins zu decken, ist an der Haltung der bürgerlichen Parteien des Preussischen Landtages gescheitert. Die Stadt mußte deshalb von sich aus versuchen, auf irgend eine Art das Defizit zu beheben. Der Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat am Montag einen beratenden Bericht gemacht und beschloffen, von den Mitteln für die in Aussicht genommene Schulbauten 3 Millionen Mark und von den Kosten für geplante Straßenbauten 6 Millionen Mark abzulehen. Von den Wohnungsbaumitteln werden 3 Millionen Mark für Zufußhypotheken, die in der nächsten Zeit noch nicht gebraucht werden, vorläufig herausgelassen. Der Rest des Defizits wird gedeckt durch eine Verringerung des Beitrages für die Polizeikosten von 1,3 Millionen, eine vermehrte Abgabe der Wasserwerke um 500 000 Mark, eine Erhöhung des Ansatzes für die Gewerbesteuer von 1 Million und eine Erhöhung aus den Einnahmen der Landesdankkassen von 3 1/2 Millionen.

Bertha's Bekanntschaft mit dem Geheiß zu nähern, so erlöste die Bertha: „Nicht Bertha!“ Die anderen jedoch tranken, und im Verlauf des Abends ließen sich die Jungen Sogar Fred Orpan ermahnte um Leben und beries, daß er sprechen konnte. Bertha's Roste liehe es, seine Freunde zu verabschieden, um jedoch wurde es ihm beimgeliebt. Orpan hatte sich gerade auf, öffnete den Mund in dem langen Herdgeschrei und fragte mit einer Gallekühnheit, die wie die eines Redners klang: „Weiß jemand von euch, wie der alte Karl hier sein Geld gemacht hat?“
Niemand schien es zu wissen, und Orpan stellte eine zweite Frage: „Hat ihn schon einer von euch geschrien sehen? Ich weiß, daß es im Freien ist, redet er sich aus, das Wasser sei ja kalt, in einem gedeckten Saal ist es ihm zu warm, aber etwas Äquales. Der Grund ist, daß ihm eine Joke fehlt, und das möchte er verkörpern. Als er seine erste Duelle bestritt, ging ihm das Geld aus. Er verprügte sich gegen Unwill, bezog sich auf die Kanonenjagd und ließ sich die große Joke ab. Auf diese Art erzielte er genügend Geld, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Ist das nicht wahr, alter Karl?“
Die anderen lachten und wollten mehr hören; Bertha lächelte mit. Es hätte ihn nicht, daß Orpan die Geschichte erzählt hätte, doch wollte er selbst nichts gemerzes betreiben. Statt dessen griff er zum Prinzipien des Geheiß an: „Ist jollist mir wissen, wie der Karl reich wurde, indem er den Juden einen Feindensland abhandelte. Das gleiche wird mit einem Judentum Feindensland erzählt, aber Judentum ist der einzige, von dem ich es schreime weiß, weil ich dabei war. Der Handel wurde mit dem alten Häuptling verhandelt von den Spaniern eingeleitet. Fred hat ihm ein Kapital von 500 000, aber der alte Judentum mußte die Augen geschlossen und erwiderte: „Nein, nicht ein Kapital, das ist zu wenig; ich will ein Geschäft haben.“ Fred erwiderte, das habe er nicht gewollt, und hat ihn, daß mit einem Kapital von 500 000. Fred erwiderte: „Nein, nicht ein Kapital, das ist zu wenig; ich will ein Geschäft haben.“ Fred erwiderte, das habe er nicht gewollt, und hat ihn, daß mit einem Kapital von 500 000. Fred erwiderte: „Nein, nicht ein Kapital, das ist zu wenig; ich will ein Geschäft haben.“ Fred erwiderte, das habe er nicht gewollt, und hat ihn, daß mit einem Kapital von 500 000.
In der Kutsche gab es eine gewaltige Orgel, eine moderne Instrumente, die von links spielte, wenn man wollte, drange mit auf einem elektrischen Schalter konnte. Die Orgel spielte die neuen Melodien, und die Orgel spielte...

Si Tracy traf auf Sunny zu. „Mein Arzt erlaubt mir nur ein Glas Alkohol am Abend, und ich will einen nüchternen Partner.“ Sunny folgte gerne der Aufforderung. Er tanzte auch mit der Hausfrau und mit der blonden Fee Bessie Barrie, und verbrachte so einen angenehmen Abend. Zwischen den Tänzen wurde geplaudert; das chinesische Gespenst hauchte hin und her, die Leute enthielten immer offenerherziger ihr Inneres.
Vor Sunny stand Tommy Paley, der Generaldirektor, schön, wenn auch etwas verstaubt und mit gerötetem Gesicht, und nicht so fest auf den Beinen, wie er selbst glaubte. „Hören Sie, Kolb, Sie sollen mir etwas sagen.“
„Was?“
„Ich will alles darüber erfahren.“
„Über das Leben? Deshalb zum Teufel sind wir hier, und warum kommen wir, wenn es vorbei ist?“
„Wenn ich es wüßte, würde ich es Ihnen bestimmt sagen.“
„Über Menich, Sie besuchen doch die Universitäten! Ich habe keine Bildung genossen, ich war bloß Zeitungsjunge. Aber ich dachte immer, ein Kerl, der viele Bücher liest und studiert.“
„Mir hat noch nicht so weit“, erläuterte Sunny, „Biel's ist; in den letzten zwei Semestern...“
„Bei Gott, wenn Sie es erfahren, kommen Sie es mir sagen. Und was zum Teufel sollen wir mit den Weibern tun? Man kann nicht mit ihnen und kann nicht ohne sie leben. Das Ganze ist eine verfluchte Schweinerei!“
„Es bewirkt einen“, gab Sunny zu.
„Es ist vertrieben. Ich würde gerne jemandem zehn Jahre Gehalt zahlen, wenn er mir beibrächte, die ganze verdammte Sache zu verstehen.“
„Ja“, meinte Sunny, „aber wozu sollten Sie dann Direktor sein?“
Der Direktor härrte ihn einen Augenblick verblüfft an und trat in Lachen aus. „Bei Gott, das stimmt. James! Geh!“
Doch er ging weiter, wahrscheinlich, um Sunnys Witz auch den anderen zu erzählen.
VIII
Als Sunny am Sonntag morgen erwachte, hatte er das ganze Kletter für sich allein. Er frühstückte, las die Zeitungen und schenkte dem Kopf. Dann streckte er dem Meer zu und entwarf eine Fische, der über die Fingel die Küste entlang fuhr. Er folgte ihm etwa zwei Meilen und bog dann zum Strand ab.
(Fortsetzung folgt)

Panzerkreuzer und Phöbusstandal.

Abrechnung mit der reaktionären Marinepolitik.

Berlin, 27. März. (Eigener Bericht.)

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Marine-Gesetzes.

Abg. Rühl (Soz.):

Wir sind mit der Marinepolitik des Bürgerblocks nicht einverstanden. Denn der Marine werden Aufgaben gestellt, die sie nicht einmal erfüllen könnte, wenn der Reichsflottenvertrag nicht auf uns lastete. Es ist ja nicht einmal der starken kaiserlichen Flotte gelungen, die deutschen Handelswege zu schützen. Denken Sie nur an den Hunger des deutschen Volkes während der Blockade. Man sagt, wir seien nicht bündnisfähig ohne Machtstellung zur See. Das erinnert an den unglücklichen Mann in Holland, der von dem Wahne befangen war, er sei der Admiral des Atlantischen Ozeans. Wir nützen Deutschland und seiner wirtschaftlichen Entwicklung mehr mit der Politik der Völkerverständigung.

Obwohl Groener der Ueberzeugung ist, daß unsere Marine nicht für eine Entscheidungsschlacht zur See in Betracht kommt, empfiehlt er doch den Bau des Panzerschiffes. Hoffentlich kommt die Einsicht nicht wieder zu spät. Leider hat er auch jetzt zu spät gesprochen. Denn die verfehlte Flottenpolitik war ausschlaggebend für unseren Zusammenbruch. Die Offenhaltung der Seewege, namentlich nach Ostpreußen, ist nötig. Aber die Mittel des Wehrministers dazu sind unzulänglich. Wir dürfen nur Panzerschiffe bis zu 10 000 Tonnen und Kreuzer bis zu 6000 Tonnen bauen. Entsprechend schwach muß natürlich die Artillerie sein. Demgegenüber hat England Schlachtkreuzer von 45 000 Tonnen mit neun Geschützen von 40,5 Zentimeter Kaliber. Obendrein müssen unsere Schiffe ohne U-Boote und Marinestützpunkte in den Kampf ziehen. Eine solche Flotte aber begehrt nach der Ansicht aller Sachverständigen Selbstmord. Im Kampfe gegen U-Boote und Flugzeuge sind unsere Schiffe nur schwimmende Säge. In der Ostsee sind heute 56 U-Boote stationiert, 11 werden noch im Laufe dieses Jahres in den Dienst gestellt. Küstenschutz wünschen auch wir sehr. Aber wir wissen auch, daß unsere Küsten von See aus nicht geschützt werden können. An der Küste sind unsere Schiffe manövrierunfähig, auf See aber sind sie den U-Booten ausgesetzt. Nach der Meinung der Sachverständigen brauchen wir überhaupt keine Schiffe zum Küstenschutz. (Hört, hört! links.) Admiral von Stosch sagt, die Nordsee schütten schützen sich von selbst wegen der starken Brandung, und die Ostsee schütten sich von selbst. (Erneutes Hört, hört! links.) Aber für die Herren von rechts ist der Panzerkreuzer eine Prestige-Frage.

Mit den 400 Millionen, die für Panzerschiffe ausgegeben werden sollen, könnte man in Ostpreußen 150 000 bis 200 000 Personen ansiedeln,

das wäre eine wirkliche Sicherung und Hilfe für Ostpreußen. Wir danken deshalb dem preussischen Ministerpräsidenten für seine Politik. Die Arbeiter in Küstungen und Kiel fordern nicht Kriegsschiffe, sondern Arbeit, und zwar an Werken, die gesellschaftlich notwendig sind. Hinter unserer Ablehnung stehen auch weite Kreise des Bürgertums. Das Zentrum und die „Germania“ haben das Panzerschiff bis in die letzte Zeit als „alles Eisen“ bezeichnet. Die Instandhaltungskosten für die Panzerschiffe sind unerhört hoch.

Das Offizierskorps ist weit überzählig. Um die vielen Offiziere unterzubringen, hat man Einrichtungen geschaffen, die gleichfalls außerordentlich kostspielig sind. Wozu brauchen wir zum Beispiel so viel Flaggschiffe in unserer kleinen Marine. Wir haben 160 verschiedene Marineverwaltungsklassen. Hier ist eine Verwaltungsreform nötig. Charakteristisch für die Haltung des Offizierskorps ist das Verhalten des Kapitäns Kolbe, der noch befördert worden ist, unmittelbar nachdem er den Hohenzollern Heinrich auf sein Schiff eingeladen hatte, wo dieser Privatmann gar nichts zu suchen hatte. Wenn Prinz Heinrich das Bedürfnis fühlt, sich zu unterhalten, dann soll er zu seinem famosen Schwager Suboff gehen. (Heiterkeit links, Unruhe rechts.)

Kolbe hätte nicht befördert werden dürfen, sondern aus der Marine herausbefördert werden müssen.

Als Republikaner bedaure ich die Beförderung des Kapitäns v. Löwenfeld zum Konteradmiral. Im Auslande zeigen unsere Schiffe die Farben schwarz-weiß-rot, das ist die vielgerühmte Propaganda für das Deutschtum im Auslande! Auf den Schiffen „Schleswig-Holstein“ und „Schlesien“ sind sogar die Heizkörper und der Klöppel der Schiffsglocke schwarz-weiß-rot angestrichen. (Große Heiterkeit bei der Mehrheit.) Den Marineoffizieren, die mit verbotenen Organisationen in Verbindung stehen, wird nichts getan. Aber diejenigen, die solche Vorgänge der Polizei anzeigen, werden verhaftet. Der Wehrminister muß die Marine von faschistischen Elementen säubern. Wehe, wenn der Minister sich den Offizieren gegenüber eine Blöße gibt! Dann geht er den Weg seines Vorgängers. Wenn er energisch auftritt, hat er unsere Unterstützung. (Beifall h. d. Soz.)

Abg. Trevisan (Dnat.) erklärt, die Deutschnationale Fraktion werde den Marine-Gesetz und das neue Panzerschiff begrüßen. Die modernen Sachverständigen seien über den Wert dieses Schiffes anderer Meinung als der Abg. Rühl.

Abg. Wegmann (Ztr.): Das Zentrum sei stets für Sparmaßnahmen zu haben, aber die vom Reichsrat gegen die Bewilligung des neuen Panzerschiffes angeführten Gründe seien nicht stichhaltig. Wir erwarten eine Reform im Verwaltungsweisen der Marine.

Abg. Brünninghaus (D. Sp.): Die Ablehnung des neuen Panzerschiffes sei angesichts der Schwäche unseres Landheeres nicht zu verantworten.

Abg. Freiliger von Rühlhofen (Dem.) spricht seine Befriedigung aus über die Erklärungen des Ministers im Ausschuss über die Frage einer Erziehung der Marineangehörigen im republikanischen Geiste. Nach den Erfahrungen im Weltkrieg könne man nicht blindlings den Gutachten der Marine-Sachverständigen folgen. Tirpitz habe die ungünstige Entwicklung der Kriegslage mit verschuldet, als er im Dezember 1914 von der bevorstehenden U-Bootblockade Englands sprach. Zur Angelegenheit des neuen Panzerschiffes gibt der Redner für die Demokratische Fraktion eine Erklärung ab, die mit der Erklärung schließt, daß die Fraktion gegen die erste Rate für das Panzerschiff stimmen werde.

Abg. Nebemeyer (Komm.) führt aus, keine Marine der Welt sei im Verhältnis zu ihrer Größe so teuer wie die deutsche.

Abg. Voigt (Bayr. Sp.) fordert einen Abbau der Verwaltungsbeamten in der Marine. Das Panzerschiff müsse billiger werden.

Abg. Graf zu Reventlow (Natio.): Dr. Groener hat in Spaa einmal erklärt: „Eid? Das ist ja nur ein Wort, weiter nichts!“ (Reichswehrminister Dr. Groener verläßt den Saal; Rufe bei den Natio.): Der Angeklagte verläßt das Volk! Präsident Löbe hat oft zur Kriegsdienstverweigerung aufgefordert. (Unruhe bei den Soz.)

Reichswehrminister Dr. Groener erscheint wieder im Saal und erklärt: Die Marine ist ein wichtiger Faktor des Landeschutzes. Darum hoffe ich, auch die Demokraten noch von der Notwendigkeit des Panzerkreuzers überzeugen zu können. Der Außenminister Dr. Stresemann hat mich noch vor wenigen Stunden seines Einverständnisses mit meiner Haltung in der Frage des Panzerkreuzers versichert (Hört! Hört! bei der Mehrheit), wir haben also keine außenpolitischen Gefahren zu befürchten. Ich bitte daher um Bewilligung des Marinegesetzes. (Beifall.)

Abg. Eisenberger (Bayr. Bauernbund) lehnt den Panzerkreuzer ab.

Wir haben nicht so viel Millionen für Kriegsschiffe übrig zu einer Zeit, wo der Bauer unter der Steuer last leidet.

Abg. Heinig (Soz.)

kritisiert das Verhalten der Reichsregierung, die zu lange mit der Aufdeckung der Lohmann-Unternehmungen im Plenum geögert habe. Es sei ganz unverständlich, daß die Regierung so lange geögert habe, bevor sie sich bereit erklärte, Auskunft zu geben. Der Redner betonte weiter, er und seine Freunde seien der Ansicht, daß die Reichsregierung eine Funktion des Parlaments und des Volkes auszuüben habe und daß es nicht ihre Aufgabe sei, gesetzwidrige Vorkommnisse so lange zu decken, wie es in diesem Falle geschehen sei. Wenn im Reich in außenpolitischer Beziehung durch diese Angelegenheit ein Schaden erwachsen ist, so sei das in erster Linie dem unverständlichen Zögern der Regierung zuzuschreiben.

Damit schließt die Aussprache. Die Abstimmungen werden zurückgestellt. — Es folgt die Einzelberatung des Ausschussberichts über die Lohmann-Unternehmungen.

Abg. Heinig (Soz.): Sieben Monate hat es gedauert, bis mir die Lohmann-Angelegenheit einigermaßen überschaubar kam. Ein Dementi tritt zwar die direkte und indirekte Subventionierung der Phöbus-A.-G. ab. Richtig ist, daß jetzt in den letzten zwei Monaten sich eine völlige Ueberreinstimmung des ganzen Hauses über die Unmöglichkeit gebildet hat, die sich da ergeben haben. Bis vor kurzem mußte man immer noch den Eindruck haben, als ob die Reichsregierung entweder das Material nicht völlig beherrsche oder den Sachverhalt verheimlichen wollte. Es mag richtig sein, daß der Kapitänleutnant Lohmann keine persönlichen Geschäfte gemacht hat, aber in Wirklichkeit sind doch persönliche Geschäfte gemacht worden. Da ist es bedenklich, wenn der Herr Reichslanzler, weil er falsch unterrichtet war, mit dem ganzen Gewicht seiner Autorität dies hier bestritten hat. Die Lohmann-Verträge sind ziemlich undurchsichtig. Es ist erstaunlich, daß seriöse Banken dem Herrn Lohmann, ohne sich keine Legitimation zeigen zu lassen, derartig hohe Kredite eingeräumt haben.

Staatstätig gesehen, ist da eine heilloslose Wirtschaft aufgesetzt worden.

Weil eine Spekulation der Lignose A.-G. schief gegangen ist, müssen 500 Arbeiter entlassen werden. Der Rechnungshof hat trotz aller Prüfung nichts gemerkt. (Hört! hört!) Nach unserer Auffassung müssen in aller nächster Zeit bestimmte Fonds des Reichswehrministeriums geprüft werden. (Hört! hört!) Grundätzlich muß also die Haushaltsordnung eine gründliche Durchprüfung erfahren. Der Rechnungshof muß in erster Linie Hüter und Helfer des Staatsrechts des Reichstags, der Verfassung sein.

Man hat den Eindruck, daß der alte militärische Geist der Ueberheblichkeit einisch glaubt, es habe sich seit 1914 nichts geändert.

Aus einem gewissen militärischen Geist heraus hat man nichts getan, so ist es gekommen, daß man den Kapitän Lohmann in die Wüste geschickt und sich selbst als unschuldig hingestellt hat. Diese Sonderfonds müssen aufgelöst werden, diese Sonderfondswirtschaft muß endlich aufhören. Der Regressforderung der kommunistischen Anträge an die Minister werden wir zustimmen. Wir sind dabei aber gegen eine Aufzählung bestimmter Personen, da nicht alle in Frage kommenden Personen vernommen worden sind.

Der Reichswehrminister sollte seine Worte endlich wahr machen.

Wir werden den Anträgen des Haushalts-Ausschusses zustimmen, aber auch dem kommunistischen Antrag, die verantwortlichen Minister, Vorgesetzten und sonstigen Beteiligten in vollem Umfange regresspflichtig zu machen.

Abg. Trevisan (Dnat.): Das jetzige Kabinett habe lediglich die Hinterlassenschaft früherer Kabinetts zu liquidieren. Für die dritte Gruppe der Lohmann-Geschäfte, die er auf eigene Faust getätigt habe, trage er allein die Verantwortung. Auf das schärfste ist sein Verhalten zu verurteilen, seit die Kongressbedingungen und faulen Bürgerpflichten begannen. Bei der Prüfung der Regresspflicht muß auch die Frage von Ehren und Glauben bis ins letzte geprüft werden. Die bisherige Kontrolle des Staats ist ungenügend. Entsprechende Schritte behalten wir uns vor.

Abg. Schaefer (Komm.) nennt die von der Regierung abgegebenen Erklärungen ein Täuschungsmanöver. Die Lohmann-Unternehmungen seien ein Teil der von der Reichsregierung durchgeführten geheimen Kriegsvorbereitungen. Der Redner fordert, daß die verantwortlichen Minister Dr. Luther, Dr. Marz, Gehler und Dr. Reinhold vor den Staatsgerichtshof gestellt werden.

Abg. Brünninghaus (D. Sp.) erklärt, seine Fraktion verurteile mit der gleichen Schärfe wie die übrigen die hier erörterten Vorgänge.

Abg. Freiliger von Rühlhofen (Dem.) sieht die erste Ursache der ganzen Affäre darin, daß der Ruhrfonds seinerzeit nicht liquidiert worden sei. Die mit diesem Geld getriebene geheime Militärpolitik war vom nationalen Standpunkt aus wohl gut gemeint, aber sie hat dem Deutschen Reich keinen Nutzen gebracht. Wir Demokraten haben in diesem Punkt im Gegensatz zu dem Minister Dr. Gehler, unserem damaligen Parteifreund, Wir wollten ihn zur Amtsniederlegung bewegen, aber er hat den Austritt aus der Demokratischen Partei vorgezogen. Präsident Lüstig stellt in seinem Bericht ja fest, daß Kapitän z. S. Lohmann den Reichsfinanzminister Dr. Reinhold getäuscht hat.

Abg. Wegmann (Ztr.) gibt namens der Zentrumsfraktion eine Erklärung ab, die den Beschlüssen der Haushaltsausschusses zustimmt.

Abg. Müller-Franken (Soz.)

wendet sich gegen den Vorwurf des kommunistischen Abgeordneten Schaefer, daß die Sozialdemokraten im Unterausschuss zur Verurteilung beigetragen hätten: Wir haben uns Mühe gegeben, diesen Kattenkönig zu entwirren. Es ist nicht richtig, daß dem Haushaltsausschuss ein zweiter fristiger Sämisch-Bericht vorgelegt worden sei, während der ursprüngliche den Parteiführern in ihrer Besprechung mit dem Reichsanwalt Marz zur Kenntnis gegeben worden sei. Wir haben einen Bericht des Rechnungshofes verlangt, weil bei der Besprechung vorher ein abschließender Bericht nicht vorlag und insbesondere eine Rücksprache mit Dr. Reinhold noch nicht genommen war. Wenn sie (z. B. Komm.) anders hätten vorgehen wollen, so hätten sie einen Untersuchungsausschuss einsehen müssen. Das haben die Kommunisten aber nicht getan, dann hätten wir in diesem Reichstag keinen Bericht mehr bekommen. Der Unterausschuss hat das fertig gebracht, was die Regierung nicht fertig gebracht hat. Diese Unternehmungen hätten mit dem Abschluß des Ruhrabenteuers abgeschlossen werden müssen, kann nach dem bis jetzt vorliegenden Bericht noch nicht entschieden werden. Die Verantwortlichkeit ist in jedem Einzelfalle zu prüfen. Durch eine Vernehmung Dr. Gehlers wären wohl manche Dinge noch besser nachzuprüfen.

Reichswehrminister Groener: Auf Seiten der Regierung bestehen keine Bedenken gegen die Anträge des Haushaltsausschusses. Den Wünschen des Reichstags ist schon insofern Rechnung getragen worden, als ich die Umwicklung der Lohmann-Unternehmungen aus der Marine herausgenommen und mir unmittelbar unterstellt habe. Die damit beschäftigte Gruppe meines Stabes wird dabei ständig beraten durch den Direktor Ritscher von der Reichs-Ereditanstalt. Weiter ist dabei die enge Verbindung mit dem Reichsfinanzministerium und dem Rechnungshof gewährleistet. Die für alle Ministerien vorgesehene Kontrollkommission wird im Reichswehrministerium in kurzer Zeit ihre Tätigkeit aufnehmen.

Abg. Dr. Pfeiler (Bayr. Sp.) erklärt, der Reichstag müsse sich jetzt auf die Prüfung der eintreffenden Berichte beschränken. Die persönliche Verantwortung der Beteiligten könne erst später genau festgestellt werden. Hinsichtlich der Persönlichkeit Lohmanns müsse doch gesagt werden, daß das Charakterbild eines früheren Offiziers getrübt wird durch die Behauptung, er habe sich eine Millionen-Vergütung erschießen durch Täuschung zweier Minister. Die ganze Angelegenheit verdiene die schärfste Beurteilung.

Bei den Abstimmungen zum Marine-Gesetz wird der Antrag auf Streichung der Mittel für das neue Panzerschiff gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und einiger Mitglieder der Wirtschaftsbereinigungen abgelehnt. Nach Ablehnung der weiteren Streichungsanträge der Linken wird der Marine-Gesetz nach den Vorschlägen des Haushaltsausschusses in zweiter Lesung angenommen.

Die zur Deckung der Phöbus-Verpflichtungen in den Nachtrags-Gesetz eingezeichneten 7 Millionen werden gegen die Stimmen der Kommunisten bewilligt. — Die Ausschuss-Empfehlung zur Lohmann-Angelegenheit wird angenommen, nachdem der kommunistische Reberungsantrag (Regresspflicht der verantwortlichen Minister) gegen Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt worden ist. — Hierauf werden die gestrichenen zurückgestellten Abstimmungen zum Ergänzungsgesetz vorgenommen. — Der Ergänzungsgesetz wird mit der Ausschuss-Empfehlung zum Notprogramm angenommen.

Warum die Sozialdemokratie dem Notprogramm zustimmt.

Der Reichstag hat gestern dem Notprogramm für die Landwirtschaft in zweiter Lesung zugestimmt. Im Vergleich zu dem Entwurf der Regierung ist dieses Programm im Verlauf der Beratungen wesentlich im Sinne der Sozialdemokratie verbessert worden. Die Sozialdemokratie stimmt deshalb dem Notprogramm zu, nicht dem Reichslandbund, sondern den Bauern und Arbeitern zuliebe.

Der „Vorwärts“ schreibt hierzu: „Der Arbeiter will dem Bauern helfen. Ein Ausdruck dieses Willens ist die Zustimmung der Arbeiterpartei zu dem Notprogramm, die trotz mancherlei Bedenken ausgesprochen worden ist, um damit einen ersten Schritt auf dem langen Weg in eine andere Zukunft der Landwirtschaft zu ermöglichen.“ (Wir kommen auf diese Angelegenheit zurück.)

Die bayrische Befoldungsvorlage angenommen.

München, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) In achtstündigen Verhandlungen entschied am Dienstag das Plenum des Bayerischen Landtages über die Regierungsvorlage zur Erhöhung der Beamtensoldatung. Unter Ausschaltung der bisherigen Regierungspartei des Bauernbundes hat sich in der Schlussabstimmung ebenso wie im Ausschuss eine neue Koalition, die sogenannte Beamtenkoalition, zusammengefunden, die alle bürgerlichen Parteien, angefangen von der Bayerischen Volkspartei bis zu den Nationalsozialisten, vereinigt. Diese Mehrheit verhinderte in einer namentlichen Abstimmung die Einzelberatung der Vorlage und stimmte dann auch für die Annahme des ganzen Gesetzes. 71 Ja-Stimmen standen 43 Nein-Stimmen gegenüber, die sich aus Sozialdemokraten, Kommunisten, Bauernbund und einigen bauerlichen Abgeordneten der Rechtsparteien zusammensetzten.

Für die nächsten Tage erwartet man die endgültige Entscheidung darüber, ob die schließende Regierungsräte nun mit einem offiziellen Anschluß des Bauernbundes aus der Regierung enden oder ob die Bayerische Volkspartei aus Furcht vor dem Wahlkampf einer klaren Entscheidung ausweicht!

Bartels Zustand ernst.

Der Zustand des Landtagspräsidenten Bartels ist außerordentlich ernst, jedoch nicht hoffnungslos. Im Vergleich zu der vorletzten Nacht hat Bartels die letzte Nacht wesentlich besser überstanden.

Sahet DUNLOP Reifen

Stadtheater
(Opernhaus)
Mittwoch, 20 bis nach 22.45 Uhr
16. Abonn.-Vorstellung
Serie B
Das Wunder der Heliane.
Donnerstag
20 bis nach 22 Uhr
16. Abonn.-Vorstellung
Serie E
„Josua“
Freitag
20 bis 22.45 Uhr
16. Abonn.-Vorstellung
Serie C
Die lustigen Weiber von Windsor.

Schauspielhaus.
Operettenbühne, 5077
Tel. Stephan 36300.
Mittwoch, Donnerstag,
Freitag, 20 Uhr:

„Der Sarewitsch“
Sonabend 20 Uhr:
Zum 1. Male!
„Lohn“
Ruffel von George Edwards.
Sonntag nachm. 15.15 Uhr:
„Eine Frau von Format“
Sonntag und täglich
20 Uhr:
„Lohn“

Sobe-Theater.
Tel. Ring 6774.
Mittwoch, Donnerstag
20 Uhr:
Zum letzten Male!
Zwölftausend
Schauspiel v. Bruno Stern
Freitag
wegen technischer Vorbereitungen zu „Saut“ geschlossen.
Sonabend 19 Uhr:
Kunsterziehung!
„Saut“ 1. Teil
von Kretze.

Thalia-Theater
Tel. Ring 6770.
Mittwoch bis einw. Freitag, 20 Uhr:
Zum letzten Male!
Die Wildente
Schauspiel v. Hans Hahn
Sonabend 20 Uhr:
Gastspiel des jugoslawischen Künstler-Ensembles
Der blaue Vogel
Concertanten:
Direktor J. Tschann.

Liebig-Theater
Tel. Stephan 3146
Rut noch 3 Tage!
Täglich 20 Uhr:
Singer's
Midgels-Revue
a. das große Programm

Bräuer's Festsäle
Gabelstraße 22
mit Paul Granz
Heute Mittwoch
Verkehrter Ball
Jede 10. Dame erhält ein Präsent

Wir sind Leser der „Volkswacht“
Wir kaufen bei Ihnen, weil Sie in der „Volkswacht“ inserieren. Sagt das, wenn Ihr einkauft, Ihr nutzt uns und damit Euch selbst!

Seppidie
denkbar größte Auswahl und ständig Gelegenheitskäufe bei
W. Quintern & Co.
Lackstraße 21 (Hilfsstr.)

David's Referentenführer.
Eine Anleitung für sämtliche Reden.
Preis 50 Pf., ebenfalls 10 Pf. Porto.
Volkswacht-Buchhandlung Odenweg 10
Breslau 31, Neue Grapenstraße 3.

25 50 1 1 2 3
Serien-Preise

Noch wenige Tage
bringen wir so billige und schöne

Serien-Angebote

Nehmen Sie die Gelegenheit wahr
denn
für geringes Geld
können Sie vieles kaufen, was Ihnen im Haushalt dringend fehlt

Messok
G. m. b. H.
Waldschmidt
Schmiedebrücke

Extra-Serien-Verkauf
Damen-, Herren-, Kinderbekleidung
Putz

Im Schaumbad

schwitze
ohne
Hitze

als Schwäbisch gegen
Fettleibigkeit, Gicht
und Rheuma, als
kühles Sauerstoff-
schaumbad, das
nervenschwächende Er-
regungsbäder gegen
Schlaflosigkeit, Neu-
rasttheit, Müdigkeit,
Werktaglich
1-20 Uhr.

Hallenschwimmbad

„Frauenwelt“
Eine Halbmonatsschrift
für die Frau
des arbeitenden Volkes.
Preis 30 Pf.
Zu bestellen
bei allen Zeitungsverlegern.

Liebe Verwandte
Freunde u. Bekannte führt man z. Einkauf von
Bürsten, Besen etc., Kämmen, Scheuertüchern,
Wäscheleinen in das bekannteste Geschäftstokal
auf der Oderstraße
um sich an der Freude zu ergötzen, die durch
die niedrigen Preise ausgedrückt wird.
London & Co. Oderstraße 5
G. m. b. H. 2. Viertel vom Ring

10 Rosen 4 Mark!
Ihr Garten gewinnt durch Anpflanzung unserer
Rosen. Wir liefern nur **kräftige Pflanzen**
Dachrose: 10 Stück in 10 Sorten RMk. 4.-
25 St. in 10 Sort. RMk. 9.-, 25 St. in 25 Sort. RMk. 19.-
Kleinrosen in verschiedenen Sorten:
1 Stück RMk. 0.50, 25 Stück RMk. 5.40
Hochstammrosen i. e. S. 25-300 cm Kronenh. 1 St. RMk. 1.75
25 St. RMk. 16.-, 100-140 cm 1 St. RMk. 2.-, 25 St. RMk. 18.-
Trauerrosen 100-200 cm: 1 St. RMk. 4.-, 25 St. RMk. 36.-
Balsam- u. Topfrosen: 1 St. RMk. 0.60, 25 St. RMk. 5.40
Jede Pflanze wird pfanzfertig mit Namen- und
Farbenzettelchen geliefert. Versand nur geg. Nachn.
Garantie für gute Anknüpf. Beste Pflanzenzeit!
Je früher, desto besser! Elektrischer Hauspostkasten
über Rosen, Obstbäume, Johannisbeeren usw. mit
Kartenscheinung gratis. 12824
**F. Paulsen G. m. b. H., Zentralschreib-
Eisenwaren, Kladgasse 51.**

Paul Simmel
Die Berliner Schanze
60 ganzseitige Bilder
Ein Nebenstück zu
Heinrich Zille
Preis 2.-
Volkswacht
Buchhandlungen
Karl, Neu Grapen 5, Neu Finken 11

Wie der Weltkrieg entstand.
Das amtliche Quellenmaterial und
die Handbemerkungen des Kaisers
180 Seiten Preis nur 60 Pf.
Volkswacht-Buchhandlung.

Was bringt
der 4-Masten-Riesen-Circus

BARUM
nach **BRESLAU?**

Barum Eine Riesenschau von Menschen und Tieren aller Erdteile, eine grandiose Zusammenfassung von zirkensischen Künsten in blendender glänzender Aufmachung.
Barum hat ein imponantes, Achtung und Bewunderung erweckendes Riesenschauspiel an Menschen und Tieren und Inventionen.
Barum Eine Stätte der Belehrung, der Anregung und Unterhaltung, verpackt in einer großen Anzahl Transportwagen, welche per Sonderzüge durch ganz Europa befördert werden.
Barum mit seinen modernen Riesenzellen, für 10 000 Personen in einer Vorstellung Platz bietend, bringt in einer Riesenschauspielhalle moderne Bilder der Massen.
Barum zeigt in seinem wandelnden Zoologischen Garten Tiere aller Gattungen, Elefanten, Kamele, Lamas, indische Zebus, Löwen, Leoparden, verschiedene Bärsgattungen, Wölfe, Hyänen, Affen, Vögel, Schlangen usw.
Barum bringt 50 Girls in ihren neuen Tanzschöpfungen und Kostümen in Pracht-ausstattung, in Farben und Licht.
Barum bringt ganze Truppen exotischer Völker. Die zähen, markigen Gestalten des afrikanischen Nordens. Indier, Chinesen, die naturbegüterten Zauberer, Goider und Fakire, Araber, die glühenden Rächer ihres Volkes, eine komplette Völker-schau von ungeheurer Unterhaltendem und belehrendem Wert.
Barum bringt, kurz gesagt, die Einlösung aller tausendfältigen, bunten Versprechungen, die eine Reklame in Stadt und Land verheißt. **BARUM** bringt Freude, bringt Fröhlichkeit, Lust und Leben. **BARUM** bietet Aufklärung, Belehrung und Unterhaltung für jedes Alter und jeden Stand. **BARUM** will mit Ernst und Nachdruck betrachtet mit Verstand beurteilt sein. **BARUM** will es durch billige Eintrittspreise auch den weniger Bemittelten ermöglichen, seinen seltenen Anregungen in allen ihren Einzelwirkungen teilhaftig zu werden.

Darum zu BARUM!

Eröffnung: Donnerstag, 5. April 1928
20 Uhr (abends 8 Uhr)

Ostersonntag und -Montag: 2 Vorstellungen
15 und 20 Uhr (sonntags 3 und abends 8 Uhr)
Nachmittag dasselbe Programm wie abends 8
Nachmittag Kinder bis zu 12 Jahren halbe Preise 11336

Geschlossene Schulen in Begleitung der Herren Lehrer Preisermäßigung

Billetverkauf: Gebr. Sarasch am Ring, Tel. Ring 413
und an der Circusstraße ab 16 Uhr täglich
Preise von 50 Pf. bis 4.00 Mk. Telefonruf Circus Barum

Circus Busch
Schaubühne - Arena
Die im Viktori-Theater mit großem Erfolg aufgeführte
Ausstattungs-Revue:
„Beinchen“
gastiert wegen Vorbereitung zur Bänder-Revue
ausnahmsweise im
Circus-Gebäude
nur Freitag, Sonnabend,
Sonntag, 8 Uhr
unter dem Titel:
Jetzt oder Nie
60 Mitwirkende - 26 Bilder
3 Volks-Tage
30 Pf. bis 1.50 Mk. 5101

Am Sonntag, den 1. April
Billiger Tag im Zoo!
Eintrittspreis 50 Pf.
Kinder die Hälfte. 5101

Besuchen Sie bitte
die beliebte Gaststätte
Münchner Augustinerbräu
Blücherplatz 17/18, Ecke Junkernstr.
Oekonom: Hubertus Böhm, Stadtkoch.

Der jetzt in der „Volkswacht“ erscheinende
Roman
Upton Sinclair:
Petroleum
kostet als Buch
in Halbleinen gebd. 5.- Mk.
in Ganzleinen gebd. 7.- Mk.
in den
Volkswacht-Buchhandlungen + Breslau
Neue Grapenstraße 5 Neue Taschenstraße 11

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 28. März 1928.

ADAC-Motorradländerfahrt.

Ankunft der Motorrad-Länderfahrer in Breslau am 30. März ab 16,30 Uhr.

Der Allgemeine Deutsche Automobil-Club begann Sonntag, den 25. März, in Köln jene große Motorrad-Länderfahrt, die 148 Teilnehmer deutscher, schweizerischer, britischer, holländischer, französischer, ungarischer und österreichischer Nationalität durch Mitteleuropa führen wird.

In der Wertungsgruppe I finden wir bei den Solomachinen nicht über 250 ccm 8 Zündapp, 6 DAW, 3 Triumph, 2 NSU, 2 Bich und je 1 BMW, und Excelsior Wellers, bei den Beiwagenmaschinen nicht über 600 ccm 5 Victoria, 8 FN, je 2 Schütthoff und Tornag, je 1 Kudge, Sunbeam, D-Kad, S. und G. Stark besetzt ist die Wertungsgruppe II.

Die Kraftwagen werden vornehmlich Mercedes-Benz, NSU, Adler, Horch, Mannesmann, Dixi, Opel und andere die Fahrskolonnen begleiten. Die Gesamtlängere beträgt 3500 Kilometer. Etappenorte sind: Osnabrück, Bremen, Kassel, Danzig, Breslau, Krafau, Budapest, Wien. Das Ziel ist Dresden.

Die Fahrer werden Breslau am 30. März ab 16,30 Uhr, von Trebnitz kommend, erreichen. Mögen alle Teilnehmer an dieser großen Prüfungsfahrt, dem größten Landstragenwettkampf des Kontinents, von ihrer Fahrt durch unsere Heimat freudige Erinnerungen mit nach Hause nehmen!

Schlesisches Landesorchester.

Als die städtischen Körperschaften Ende 1927 den Betrag von 25 000 Mark über die laufende Jahresbeihilfe hinaus bewilligten, um einen Teil der damals rückständigen Musikergehälter zahlen zu können, bewies das Orchester der Stadt seine Dankbarkeit dadurch, daß es sich unentgeltlich für vier Schülerkonzerte der Stadt zur Verfügung stellte.

Dem gleichen Gefühl der Dankbarkeit entspringt die Veranstaltung der drei Brudner-Abende an den kommenden drei Donnerstagen, 29. März, 5. April und 12. April, im großen Saale des Breslauer Konzerthauses unter Leitung des Kapellmeisters Wolfgang v. Hauenschild. Der Reinertrag dieser Konzerte wird im Einklang mit der Generalintendantin des Stadttheaters, der G. m. b. H. Schlesisches Landesorchester und dem Orchesterausschuß dem Pensionfonds der neuen Schlesischen Philharmonie zugeführt werden.

Kraftomnibusfahrt ins Culengebirge.

Der Schlesische Verkehrsverband teilt mit, daß am nächsten Sonntag, den 1. April, wiederum eine Kraftomnibusfahrt in das Culengebirge stattfindet und zwar diesmal mit Rücksicht darauf, daß die Chawjener Schneefrei sind, bis hinauf zur Siebenkurjünkenbaude. Die Fahrt geht über Schweidnitz, Salsetal, die Rückfahrt über Reichenbach, Jobstengebirge. Abfahrt um 8 Uhr pünktlich vom Tauenjensplatz (Südwest-Ecke). Rückfahrt abends 6 1/2 Uhr mit kurzem Aufenthalt in Reichenbach. Karten zu 8 Mark für die Hin- und Rückfahrt sind in der Auskunftsstelle des Verkehrsvereins im Hauptbahnhof werktäglich von 8 bis 18 Uhr zu haben. Sportgerät kann mitgenommen werden.

Kreisstelle III.

Durch Hinzutritt der eingemeindeten Vororte Klein- und Groß-Tschantsch, Zedlitz, Neuhaus, Nischam und Schwanitz und sonstigem Zuwachs des Geschäftsbereiches der Kreisstelle III ist die Verlegung eines Teiles der Kreisstelle nach den Räumen Klosterstraße 46, 1. Stock, Ecke Mauritianusplatz (Postamt) notwendig geworden. Der Ort. Die Kreisstelle ist an diesem Tage für den Publikumsverkehr geschlossen mit Ausnahme von bringenden Fällen, die in den Räumen an den Leihbüchern 1/3 (Wohlfahrtsbau) erledigt werden. Nach Klosterstraße 46 werden die Wohlfahrtskarte 47/48, 49, 50, 51, 52/54, 55, 56, 57 und 59, umfänglich das Stadtgebiet nördlich der oberhalb des Eisenbahnlinie einschließlich Brüderstraße, Paradiesstraße, Feldstraße, Dhlauer Stadtgraben und Grünstraße von 32-48 bzw. 27-39 sowie Tauenjensplatz 77-121 bzw. 70-114 verlegt. Der Familienfürsorgebezirk III für den Bereich der gesamten Kreisstelle III wird gleichfalls Klosterstraße 46 untergebracht. Es werden also sämtliche Anträge und Besuche nur noch Klosterstraße 46 erteilt.

Achtung, Genossinnen und Genossen aus Kleinburg und Grätzchen!

Zu der Sonntag vormittag, 10 Uhr, stattfindenden Jugendweihe im Gewerkschaftshaus und Eintrittskarten für 30 P. zu haben bei den Jugendgenossen: Stiller, Grätzchener Straße Nr. 181, I (Jägerhof), Jung, Grätzchener Straße 29, Kaval, Gabitzstraße 13, Rüste, Gabitzstraße 40, Geppert, Gabitzstraße 93, Sies, Mebus, Gellertstraße 9, Röße, Lewaldstraße 18a, Scherzer, Kronprinzstraße 11, Rade, Friedrichstraße 8 und Duste, Höfchenstraße 63. — Da am Sonntag im Gewerkschaftshaus starker Andrang zu erwarten ist, empfehlen wir den Parteigenossen, sich bald Karten zu besorgen, aber bitte spätestens bis Freitag.

Zu unserer Jugendweihe,

Sonntag, den 1. April, vormittags 10 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, kommen alle Eltern mit ihren Kindern die Schule verlassenden Kindern.

Arbeitereltern und Kinder vom Oberort!

Für Sonntag, abends 8 Uhr, laden auch die Arbeiterfinderfreunde zu ein paar frohlichen Stunden in die Aula der Viktoriaschule. Musik, Gesang, Tanz und ein Märchenpiel halten die Kinder zu eurer Unterhaltung bereit. Seid recht zahlreich unsere frohlichen Gäste.

Arbeiterfinderfreunde, Gruppe III.

Arbeitereltern, Schulentlassene vom Dhlauer Tor!

Wir laden euch alle zu dem Werbeabend des Heim 2 Sonntag, den 1. April, abends 7 Uhr, in der Aula der Dhlauer Schule ein. Wir wollen euch etwas aus unserer Arbeit zeigen. Tänze, Lieder, Gruppenreden, ernste und heitere Spiele und Musik werden das Programm gestalten. Der Eintritt beträgt 25 Pf., Schulentlassene frei.

Der Ehe, amel des Lokalfredateurs.

Christliche Ehen werden bekanntlich nur im Himmel geschlossen. Daher gehören sie auch zu den sakramentalen Objekten. So heilig sollen ihre Ketten sein, daß sich unsere Altkirchen zum Beispiel vom Zentrum partout weigern, ihre Lösung über die geltenden gesetzlichen Bestimmungen hinaus zu erleichtern.

Sie haben — vom Standpunkt des lieben Gottes aus — sogar recht mit ihrer Haltung. Wie dürfte das Amtsgericht aus-einanderreihen, was der Himmel gebunden hat! Unsere Justiz spricht zwar gewiß sobald nur nichts zurück, aber vom himmlischen Werk will sie die Finger lassen. Gabe man ihr erhöhte Macht zur Ehrentrennung, machte man sie zum Korrektur göttlicher Leistung; was wäre dann noch heilig auf der Welt? Darf man dem Himmel Pflückeri zutrauen?

Freilich: seine Wege sind oft wunderbar, sozusagen irdisch-gebunden. Hier ein Beweis: „... Erste Kraft für Lokalblatt (Zentrum), nur Katholik, gelobt. Zielbewußter Herr... Nicht unter 40 Jahre, evtl. Einheiratung...“

Der Himmel muß bei dieser Eheheuschucht seine Hand im Spiele haben. Denn erkens wird ein Katholik verlangt und zweitens in der — „Germania“, dem Leiborgan der katholischen Bischöfe Deutschlands und ihrer Partei, des Zentrums, und drittens ausgerechnet zu der Zeit, wo die frommen Zentrumsbildner in Reichstags die Reform der Ehescheidung verweigerten. Weil das Ehen im Himmel geschlossen werden.

Und ist die Einheirat eines zielbewußten Herrn in ein katholisches Lokalblatt mit dazugehöriger Druckerei nicht wirklich eine himmlische Geschichte, die, bis der Tod sie trennt, geliebt bleiben muß? Nur gottlose und daher lawieig verdammte Kräfte dürfen sich über solchen Himmelsbund mokieren.

Schulgeldhöhung an höheren Schulen.

Der Haushaltsausschuß der Stadtverordneten-Versammlung hat beschlossen, an den städtischen höheren Lehranstalten vom 1. April 1928 ab die staatlichen Schulgebühren zu erhöhen. Es sind von diesem Zeitpunkt ab jährlich zu zahlen: a) für einheimische Kinder: erstes Kind 200 Mark, 2. Kind: 150 Mark, drittes Kind 100 Mark; b) für auswärtige Schüler: erstes Kind 250 Mark, zweites Kind 187,50 Mark, drittes Kind: 125 Mark.

Die vierten und weiteren Kinder sind schulgeldfrei.

Neue Prospekte beim Verkehrsverein.

Der Verkehrsverein Breslau teilt mit, daß Prospekte aus folgenden Orten eingegangen sind: aus Schlesien: Kubowa, Jämsberg, Diegnitz, Schloß Juchtenstein, aus dem übrigen Deutschland: Bad Driburg, Binz, Bad Hersfeld, Holzminde, Badenweiler, Rottach-Egern, Bad Berka, Olfesbad Burg, Ahlbeck, Brambach, Miesbach i. D., Südburg und Ruffhäuser, Straßburg, Singen-Hohentwiel, Gießen, aus dem Ausland: Luzern, Reichen in Frankreich, Bern-Bühlerberg-Simplon, Drei Tage in Wien. — Die Schriften sind in den Auskunftsstellen des Vereins im Hauptbahnhof und am Hauptbahnhof 1, I, zu haben.

* Zur Sonntagsnachmittagsvorstellung im Schauspielhaus sind Billets von Preise von 1,50 Mark und 2.— Mark im Parteilokale, Margaretenstraße 17, II. Etage, Zimmer 36, zu haben.

20jähriges Bestehen

des Vereins des Breslauer Einzelhandels.

Einen würdigen Auftakt der Mitgliederversammlung des Vereins des Breslauer Einzelhandels am Montagabend im großen Saal des Hotels „Der Jahreszeiten“ bildeten die zahlreichen warmherzigen Ehrungen, die dem langjährigen verdienten Vorsitzenden Kaufmann Julius Graeffner zuteil wurden. Der neu gewählte Vorsitzende, Kaufmann Egon Schäffer beklagte die den großen Jubilar, der infolge Arbeitsüberlastung den Vorsitz nicht mehr übernehmen konnte, mit herzlichen Worten zu seiner Ernennung zum Ehrenvorsitzenden. 16 Jahre lang hat er mit nie erlassender Schaffensfreude die Geschäfte des Vereins geleitet, kaum einer von den Einzelhändlern hat nicht einmal seinen Rat in Anspruch genommen. Kaufmann Centawer, selbst eines der ältesten Mitglieder und seit 14 Jahren 1. Schriftführer, hat während seiner langen Zusammenarbeit tiefen Einblick in die Seele des scheiternden Vorsitzenden getan und bezeichnet ihn als den Vater des Vereins. Er richtete an den Geleiteten die Bitte weiter der getreue Eckard des Vereins zu bleiben. Stadtrat Brendgen dankt dem Ehrenvorsitzenden Kaufmann Graeffner für die wertvollen Dienste, die er der Bürgerstadt der Stadt in den langen Jahren erwiesen hat, aus herzlichste. Ehrenvorsitzender Kaufmann Graeffner dankte in tiefbewegten Worten für die zahlreichen Ehrungen. Er gab jedoch einen kurzen Rückblick auf die 20 Jahre des Bestehens des Vereins des Breslauer Einzelhandels, dessen Mitbegründer er war. Der Regierungspräsident hatte in einem Schreiben und die Industrie- und Handelskammer durch einen Vertreter ihre Glückwünsche zum 20jährigen Bestehen des Vereins ausgesprochen.

Professor Dr. Kattner-Dresden, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der sächsischen Einzelhandelsgemeinschaft, M. d. L., übermittelte zu Beginn seines Vortrages über „Die Zukunft des Einzelhandels auf Grund der Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre“ herzlichste Glückwünsche der Spitzenorganisation zum zwanzigjährigen Bestehen des Vereins und für den Ehrenvorsitzenden. Bei der Betrachtung der letzten zwanzig Jahre, die seit der Gründung des Vereins verstrichen sind, muß festgestellt werden, daß noch niemals zwanzig Jahre vergangen sind, die das wirtschaftliche und soziale Ansehen der Erde so verändert haben, die Ereignisse brachten, die die Welt bis an die äußersten Enden erschütterten. Diese Jahre lassen sich mit nichts anderem vergleichen. Auch der Einzelhandel wurde von diesen Erschütterungen und Umwälzungen ergriffen. Wie einfach war es im Einzelhandel früher, Fragen von grundsätzlicher umfassender Bedeutung gab es nicht. Der wichtigste Faktor im Wirtschaftsleben, die Kaufkraft, hat inzwischen eine wesentliche Verminderung erfahren, es erfolgte eine absolute Umschichtung der Kundentriebe, die Lebenshaltung unendlich vieler wurde herabgedrückt, alle Ausgaben mußten doppelt erwogen werden. Dem standen als abolut gegenläufige Entwicklungsgänge gegenüber die Tatsache stärkeren Bedarfs, die Tatsache des Hinstrebens zur Qualität und verfeinerte Bedarfsdeckung. Dies alles ist ein erfreuliches Zeichen verstärkten Lebenswillens des Volkes. Bezüglich der gegenwärtigen Konjunktur gab der Redner einen leisen Skeptis Ausdruck. Zu warnen ist vor zu weit getriebener Differenzierung und Sortimentsüberfüllung, die eine große Gefahr für den Einzelhandel bedeuten. Der Kampf um den Kunden hat eine wesentliche Veränderung im Laufe der Zeit erfahren. Der deutsche Einzelhandel hat aber gelernt, um die Seele des Kunden zu werben. Auch im kleinsten Geschäft muß der Kunde bestmöglichst bedient werden. Anders konzentrieren zu wollen, als durch Qualität und Preis, ist vollkommen falsch. — In der Differenz zwischen Ein- und Verkaufspreis liegen Verluste und Verdienst eingeschlossen. Die Schöpfung des sozialen Minimums der großen Masse liegt im Interesse des Einzelhandels. — Im Einzelhandel muß wie vor zwanzig Jahren die große Tradition des ehrenfesten Kaufmannes lebendig bleiben. Außerdem verlangt der Einzelhandel Anerkennung seiner unendlich komplizierten Arbeit und Verständnis für die Bedeutung seiner Arbeit. Nicht mehr geduldet, sondern gleichberechtigt will der Einzelhandel sein als ein entscheidend wichtiges Glied der Wirtschaft und Wirtschaftsentwicklung.

Der Vorsitzende, Kaufmann Schäffer, wies nochmals auf die außerordentliche Wichtigkeit der Öffentlegung der Statistiken aller Betriebe hin, die selbstverständlich weder der Öffentlichkeit noch der Konkurrenz zugänglich gemacht werden.

Geschäftsführer Dr. Hirschfeld wies bei Beginn der Versammlung darauf hin, daß der Verein ein Abkommen mit einer Bankstelle plant, bei der die Einzelhändler nach Schluß des Geschäftes, besonders vor Sonn- und Feiertagen, ihre Einnahmen einlegen können. Ferner beginnen Ende April neue Verkauferturke, die großen Zulauf gefunden haben.

An die Versammlung schloß sich ein geselliges Beisammensein.

Ein Kavaliere.

Der 22 Jahre alte Arbeiter Kurt Fischöder hatte wegen Körperverletzung eines polizeilichen Strafbefehls von 20 Mark erhalten. Gegen diesen Strafbefehl hatte er Einspruch erhoben. Vor dem Einzelrichter erklärte er, daß er freigesprochen werden wolle, da er sich keiner Körperverletzung schuldig gemacht habe. Die Beweisnahme fiel aber sehr zu ungunsten des F. aus, so daß die Strafe von 20 Mark, auf Antrag des Anwalts, auf einen Monat Gefängnis erhöht wurde. Der Straftat liegt folgender Tatbestand zugrunde: Fischöder und sein Freund Arndt hörten in der Nacht zum 11. Januar dieses Jahres von der Katerstraße her Hilferufe. Sie sahen auf der Erde ein Mädchen liegen, das die Hilferufe ausgestoßen hatte, daß sich aber erhob, als die Beiden näher kamen. Fischöder ging sofort auf das Mädchen zu. Es war eine 25jährige Gasthausangestellte, die von der Arbeit kam und ohne zu fragen, was hier vorgegangen sei, schrie er sie an, sie solle nach Hause gehen und nicht so schreien, wobei er ihr einen Faustschlag ins Gesicht gab, daß sie ein blaues Auge davontrug. Tatsächlich war das Mädchen von einem Manne überfallen worden, der sie vergewaltigen wollte. Die Persönlichkeit dieses Mannes konnte nicht festgestellt werden. Der Freund des Fischöder war als Zeuge geladen. Er befandete unter seinem Eide, daß er nichts davon gesehen habe, daß Fischöder das Mädchen schlägt. Diese blieb aber mit aller Bestimmtheit dabei, daß sie von Fischöder geschlagen worden sei. Dessen Name war ja auch in der betreffenden Nacht gleich festgestellt worden, da sich durch den Lärm eine Menschenmenge angesammelt hatte. Das Gericht sah die Handlungsweise des F. als außerordentlich verwerflich an, anstatt der überfallenen Hilfe zu leisten, hat er auf sie eingeschlagen, weshalb die Strafe, wie erwähnt, erheblich erhöht wurde.

Illustration of people and text: 'Laden Sie soviel Geld?' 'Scheinbar ja, sonst würden Sie sich ein Girokonto bei der Sparkasse zulegen und bargeldlos zahlen!' 'Städtische Sparkasse zu Breslau.'

Theater und Musik.

Orchesterkonzert. — Violinabend.

Für das letzte der zwölf Konnammentkonzerte des Breslauer Orchesters hat Prof. Dr. Dohrn ein besonders reizvolles Programm zusammengestellt und eine Solistin verpflichtet, die zu den excellenten Violinen unseres Konzertpublikums gehört. Der Konzerthausbesuch war drückend voll. Daselbst Giannini, mit besonderem Beifall empfangen, wartete mit zwei Konzerten aus „Rigoletto“ „Die ihr Trübe“ und „Neue Freuden, neue Schmerzen“, auf, deren Soubrettencharakter naturgemäß in gewissem Gegensatz zu ihrem süßlichen kammerweisen Organ und der ruhigliegenden Tongebung steht. Aber es zeigte sich auch hier wieder die außer-gewöhnliche Gefangenschaft und Gestaltungsstärke der Künstlerin. Schicht und unaufrichtig, frei von jeder Effekthascherei und Maniertheit und doch so charmant kamen die Gesänge zu Gehör und schmeckten sich ins Ohr jedes Hörers ein. Den symphonischen Teil des Konzertes deckte diesmal Anton Bruckner, jener bei uns übermäßig vernachlässigte, große niederösterreichische Meister, mit seiner „romantischen“ Symphonie Nr. 4. Man sollte keine einzige Schwäche, den Mangel an Konzentrationssfähigkeit, die mühsamer schwer erträgliche Länge, zu überwinden versuchen, um endlich tief in das unerwartet reiche, eine Überfülle wertvoller Gedankenmaterials enthaltene: Schaffen Bruckners eindringen zu können. Wir dürfen den fruchtbaren Meister unbedingt Brahms zur Seite stellen, den er an Ursprünglichkeit

überflügelt. Die aufgeführte Symphonie — wohl die bestkürteste — deutet auf seine enge Verbundenheit mit der Natur hin. Er singt hier das Lied des Waldes, und es ist erstaunlich, welche Fülle von Eindrücken und Stimmungen der grüne Hag in ihm weckt. Wie entzückend lustig tut sich im dritten Satz die Jagdgesellschaft hervor, wie verwirrt noch, die drohenden Naturgewalten fassender darzustellen, wie einen so wichtigen Ton für das Waldesbrausen im Finale zu erkennen? Dohrn und das Schlesische Landesorchester waren bemüht, die hohen Anforderungen, die das Werk vor allem an den Geist stellt, zu erfüllen. — Die Einleitung des Abends bildete Richard Wagners weltberühmte Faust-Duettüre, in der sich an mehr als einer Stelle der tiefinnige „Tristan“ voraussehen läßt.

Im Konzertsaal gab vor einem reichlich erhelltem Auditorium der blinde Violinist E. Gürzburg, der aus der Schule keines Geringeren als des großen Joachim hervorgegangen ist, ein Konzert. Von seinem Lehrenter hat er eine beachtliche Technik erhalten, die ihn gestattet, sich gründlich in der Literatur seines Instrumentes umzuschauen und sich nach anspruchsvollen Kompositionen zu greifen. Es wird sich jedoch für ihn empfehlen, einer nicht abzulassenden Treue der des Tones wegen, Stücke zu wählen, die zunächst sein technisches Können ins rechte Licht setzen. Der Vortrag einer Variationskomposition Bachs befreite ihn noch dieser Richtung. — Als Begleitinstrumente ihm geschickt seine Gitarre, Eila Güng-burg-Dertel, die sich mit der Schuberischen, nur leider als zu wenig ausgefüllten „Wanderer-Gitarre“ einen Sonderapplaus holte.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Lohnstreit bei der Reichsbahn

Ist am Dienstag durch eine Vereinbarung beendet worden. Die Nachverhandlungen über den Schiedspruch fanden unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Wemes im Reichsarbeitsministerium statt. Beide Parteien hatten den Schiedspruch abgelehnt. Der Reichsarbeitsminister hätte also den Schiedspruch von sich für verbindlich erklären müssen, wenn der Spruch überhaupt verbindlichen Charakter bekommen sollte.

Die Eisenbahnergewerkschaften haben ihre ablehnende Haltung folgendermaßen begründet: Die Zulage ist in ihrer Höhe für den allergrößten Teil der Eisenbahnarbeiter unzureichend. Die prozentuale Erhöhung des Lohnes erweitert die Spanne zwischen den Lohngruppen noch mehr. Die Laufzeit von einem vollen Jahr macht den Schiedspruch völlig unannehmbar.

Im Verlauf der Verhandlungen gingen die Bemühungen des Vertreters des Reichsarbeitsministers dahin, an dem Schiedspruch einige Verbesserungen vorzunehmen, die ihn für die Arbeiterorganisationen wenigstens einigermaßen erträglich machen. Nach längeren Beratungen gelang es schließlich auch, eine Zusatzvereinbarung zu treffen, die folgenden Wortlaut hat:

Der Schiedspruch vom 21. März wird mit folgenden Änderungen zum Vertrag erhoben:

a) In den verschiedenen Lohngebieten erhalten die einzelnen Lohngruppen folgende Zulage:

Lohngruppe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII
Wirtschaftsgebiet 1:	6	5	5	5	4	4	4	5 Pf.
Wirtschaftsgebiet 2:	5	4	4	4	4	3	3	3 Pf.
Wirtschaftsgebiet 3:	5	4	4	4	3	3	3	3 Pf.

b) Die Lohnregelung kann erstmalig zum 31. Januar 1929 geführt werden.

Die Protestbewegung der Eisenbahnarbeiter gegen den unzulänglichen Schiedspruch war nicht umsonst. Trotz des hartnäckigen Widerstandes der Reichsbahnverwaltung sind einige immerhin beachtenswerte Verbesserungen im Verhandlungskampf herausgeholt worden. Für das Wirtschaftsgebiet erhöht sich gegenüber dem Schiedspruch der Lohn um einen weiteren Pfennig. Ferner erhält im Wirtschaftsgebiet 2 die Lohngruppe V nicht 3, sondern 4 Pfennige Zulage. Schließlich ist die Laufdauer der neuen Regelung von 12 auf 10 Monate verkürzt worden.

Wenn die Vereinbarung auch nicht allen berechtigten Forderungen der Eisenbahner entspricht, so ist trotzdem anzunehmen, daß sie diesem Ergebnis zustimmen werden. Der Spatz in der Hand ist besser als die Taube auf dem Dache. Seit langer Zeit wäre also wieder einmal für den Reichsbahnbetrieb ein Schiedspruch ohne Verbindlichkeitserklärung zustande gekommen.

Die weiblichen Angestellten im Kampf gegen ihre Minderbezahlung.

Die wirtschaftliche Lage der Angestellten ist völlig unbefriedigend. Die zunehmende Spezialisierung und Mechanisierung der Arbeit erfordert eine ständig steigende Inanspruchnahme der Nervenkraft. Die Entlohnung der Angestellten steht im Widerspruch zu den an sie gestellten Anforderungen. Hohe Arbeitsleistung, geringes Einkommen kennzeichnen die soziale Lage der Angestellten. In besonderem Maße trifft das bei den weiblichen Angestellten zu. Gegen die Minderbezahlung der weiblichen Angestellten muß mit aller Entschiedenheit Front gemacht werden. Als Maßstab für die Bezahlung darf lediglich die Art der Tätigkeit, nicht aber die Zugehörigkeit zum Geschlecht entscheidend sein. Für gleiche Arbeit gleichen Lohn, ist die Forderung, die der Zentralverband der Angestellten von jeher programmatisch und

latäglich vertreten hat. Es ist Aufgabe der weiblichen Angestellten, sich in ihrem Interesse für die Durchführung dieser Forderung einzusetzen. Der Zentralverband hat in zahllosen Tarifverhandlungen der vergangenen Jahre in jedem Falle die Durchsetzung der gleichen Bezahlung für Mann und Frau betrieben. Wenn es ihm nur in einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Tarifverträgen gelungen ist, dem Grundgedanken der gleichen Bezahlung zur Anerkennung zu verhelfen, so ist das dem Umstand geschuldet, daß die große Mehrzahl der weiblichen Angestellten nicht für diese Forderung kämpft, sondern abseits steht und den Bestrebungen der Organisation die notwendige Gefolgschaft bisher verweigert hat. Überall dort, wo die weiblichen Angestellten in größerer Zahl mit ihren männlichen Kollegen gemeinsam im Zentralverband der Angestellten vereinigt sind, gelingt es auch, die gleiche Bezahlung für Mann und Frau durchzusetzen. So gibt es in Handel und Industrie 57 Tarifverträge, in denen für gleiche Arbeit das gleiche Gehalt gezahlt wird. Nach den übrigen 519 Tarifverträgen des Jahres 1927 in Handel und Industrie verdienen die weiblichen Angestellten weniger als ihre männlichen Kollegen. Wie stark die Verschiedenheit der Bezahlung ist, geht aus folgenden Zahlen hervor:

Die geringere Bezahlung der weiblichen Angestellten gegenüber ihren männlichen Kollegen war festgesetzt in 49 Tarifverträgen bis zu 10 v. H., 344 Tarifverträgen mit 10 v. H., 88 Tarifverträgen über 10 bis 15 v. H., 29 Tarifverträgen über 15 v. H.

Für diese unterschiedliche Behandlung gibt es keine vernünftige Begründung.

Der Zentralverband der Angestellten wird in dem Kampf für gleiche Bezahlung von Mann und Frau in den Angestelltenberufen nicht erlahmen, er ruft vielmehr die weiblichen Angestellten auf, sich energisch für ihre Gleichstellung mit den männlichen Kollegen einzusetzen.

Scharfmacherei im Bankgewerbe.

Mit dem 31. März 1929 läuft der Reichsarbeitsvertrag für das deutsche Bankgewerbe ab. Der Versuch der Angestelltenorganisationen, auf dem Wege freier Verhandlungen das Reichsarbeitsverhältnis zu verlängern, ist gescheitert. Der Reichsverband der Bankleitungen hat nicht nur freie Verhandlungen mit dem freigewerkschaftlichen Verband der deutschen Bankangestellten abgelehnt, er hat auch die Forderungen der übrigen am Tarifvertrag beteiligten Arbeitnehmerparteien rundweg abgewiesen. Infolgedessen finden kommenden Donnerstag, den 29. März im Reichsarbeitsministerium Schlichtungsverhandlungen unter dem Vorsitz von Regierungsrat Dr. Brehm statt.

Trotzdem das Bankgewerbe seit dem Ende der Inflation Jahr für Jahr gestiegene Gewinne aufweisen kann und trotzdem die Bankleitungen selbst ihre eigenen Bezüge so gesteigert haben, daß sie geradezu märchenhafte Einkommen einstreichen — (Der Allgemeine Verband rechnet in der neuesten Nummer seines Organs mittleren Bankdirektoren Jahreseinkommen von 600 000 bis 800 000 Mark vor) — haben die Bankleitungen für die Arbeitnehmer des Bankgewerbes keinen Pfennig übrig. Sie lehnen jede Erhöhung der völlig unzulänglichen Gehälter der Bankangestellten kategorisch ab und wollen künftig bei der Bezahlung der Angestellten nach Gutdünken und Willkür verfahren. Während der jetzt geltende Tarifvertrag eine Gehaltsstaffelung im Ausmaße von 15 Berufsjahren vorstelt, wollen die Bankleitungen in Zukunft nur noch für das erste und das achte Berufsjahr feste Bezüge festlegen; die zwischen dem ersten und achten liegenden und über das achte Berufsjahr hinausgehenden Jahre sollen der freien Gehaltsfestsetzung durch die Bankleitungen unterliegen. Orts-, Sonderzuschläge und Belohnungszulagen sollen in Wegfall kommen, die Bankfeiertage abgeschafft, die Lehrlinge und die Angestellten über 40 Jahre aus dem Tarif herausgenommen werden; der Urlaub soll erheblich gekürzt und der Sonnabendfrühschluß in das Belieben

der Bankleitungen gestellt werden. Schließlich fordert man noch wöchentlich drei unbezahlte Überstunden.

Dieses entzündende Bufen der Unternehmer zeigt, daß sie den Reichsarbeitsvertrag total verschlechtern und ihn praktisch zur Farce machen wollen. Angesichts eines solchen Unternehmerprogramms, zu dessen Kennzeichnung jeder parlamentarische Ausdruck fehlt, versteht man nur zu gut, den Kampf der Bankleitungen gegen den freigewerkschaftlichen Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten, dessen Verbandsorgan seit Monatsfrist in den Bankbetrieben verboten ist. Die Wurzeln und die Triebfedern dieses Kampfes werden durch dieses Unternehmerprogramm bloßgelegt. Sache der in ihrer Existenz bedrohten Bankangestellten muß es jetzt sein, durch Eintritt in die Reihen des Allgemeinen Verbandes deutscher Bankangestellten dafür zu sorgen, daß die schwarzen Pläne des Bankkapitals zum Scheitern gebracht werden. Die Bankplutokraten wollen mit ihren Angestellten wie mit Fingerringen spielen. Werden die Angestellten den Ernst der Situation erkennen?

Soziales.

Die französische Sozialversicherung.

In der vergangenen Woche hat die französische Kammer das Gesetz über die Sozialversicherung endlich genehmigt. Damit ist die erste Etappe des Kampfes der französischen Arbeiterklasse um die Sozialversicherung zu Ende. Sieben Jahre hat es gedauert, um wenigstens die Grundprinzipien des Schutzes der Lohnarbeiter gegen Krankheit, Invalidität, Todesfall, Arbeitslosigkeit sowie das Recht auf Altersversorgung durchzusetzen.

Die obligatorische Sozialversicherung — wie sie jetzt beschloffen ist — erstreckt sich auf alle in- und ausländischen Arbeitnehmer in der Industrie, dem Handel und der Landwirtschaft, soweit ihr Jahresverdienst weniger als 15 000 Francs beträgt (18 000, wenn sie ein Kind haben). Als Versicherungsbeitrag haben sie 5 Prozent ihrer Bezüge zu leisten; der gleiche Beitrag wird vom Arbeitgeber gezahlt. Die Gesamtzahl der Versicherten wird auf 8 Millionen geschätzt, die Summe der Beitragsleistungen auf 4½ Milliarden Francs im Jahre.

Die Krankenversicherung gibt dem Versicherten das Recht auf ärztliche Behandlung und Medikamente; er muß jedoch 15 bis 20 Prozent der Kosten aus eigenen Mitteln bestreiten. Diese nicht unbeträchtliche Zuschußpflicht kann für manchen Arbeiter eine unerträgliche Last werden. Der Senat wollte durch diese Bestimmung unter allen Umständen verhindern, daß der französische Staat an den Kosten der Sozialversicherung beteiligt wird. Hierzu kommt noch, daß die Krankenunterstützung, die sich auf die Hälfte der Normalbezüge belaufen dürfte, erst vom sechsten Tage der Erkrankung an, zur Auszahlung gelangt. Der Arbeiter bleibt also in Krankheitsfällen 5 Tage ohne Lohn und ohne Unterstützung.

Die Invaliditätsversicherung verlängert den Anspruch auf ärztliche Behandlung und Medikamente noch halbjähriger Krankheit, das heißt nach Ablauf der Frist für die Unterstützung durch die Krankenversicherung. Im Falle einer Verminderung der Arbeitsfähigkeit um wenigstens zwei Drittel berechtigt sie zu einer Invalidenpension in Höhe von 40 bis 50 Prozent der Jahresbezüge. Als Alterspension wird jedem Versicherten, der 30 Jahre ununterbrochen seiner Beitragspflicht genügt hat, sobald er das 60. Lebensjahr erreicht hat, 40 Prozent seiner durchschnittlichen Jahresbezüge garantiert. Die Versicherung auf den Todesfall gibt den nächsten Familienangehörigen des verstorbenen Versicherungsnehmers Anspruch auf einmalige Auszahlung von 20 Prozent der durchschnittlichen Jahresbezüge. Die Arbeitslosenversicherung ist auf französische Arbeiter beschränkt. Die Unterstützung beträgt für eine Maximaldauer von drei Monaten 10 Prozent des Verdienstes des Versicherten.

In Elsaß-Lothringen bleibt die deutsche Sozialgesetzgebung weiterhin in Kraft. Nach 10 Jahren soll jedoch das neue Gesetz auch dort zur Anwendung kommen.

Wegen Vorbereitung zur Eröffnung

Donnerstag, Freitag

geschlossen!



Rudolf Letersdorff

BRESLAU · OHLAUERSTRASSE · SCHUHBRÜCKE

Maxim Gorki.

Zu seinem sechzigsten Geburtstag am 27. März 1928.

In keinem Staat des neunzehnten Jahrhunderts hat die Dichtung eine so ungeheure politische Bedeutung erlangt wie in Rußland. In einem Staat, dessen Macht mit beständiger Gewalt ihre Stellung verteidigen und befestigen, in dem jeder der ein offenes Wort sprach oder einer freiheitlichen Regierung verächtlich war, niedergedrückt oder nach Sibirien verbannt wurde, läßt den Geistes, die sich mit der korrupten Wirtschaft des Zarenismus und seiner Heilerstatter auseinandersetzen wollten, nur der eine Ausweg in die Dichtung. Der Roman, das Drama, das Gedicht, mußten die verbotene politische Streitschrift ersetzen. Die erste Anklagenovelle der russischen Literatur des neunzehnten Jahrhunderts, Gogol's „Mantel“, hat die Form einer phantastischen Erzählung. Gogol's Kämpfe mit den scheinbar unerschütterlichen Gewalten dieses zarischen Zarenismus in das Reich der Hölle. Andere, die literarische Bewegung waren von Empörung über die russischen Regierungsmethoden, die tiefer ergriffen waren von der sozialen Freiheitsströmung, die durch ganz Europa ging, Turgenev, Dostojewski, werden ins Exil geschickt, zum Tode verurteilt, triesteten im Auslande ihr Leben. Nur Tolstoj, der keine soziale und politische, sondern eine von Macht haben recht harmlose scheinende ethische Revolution anstrebte, darf in Rußland bleiben. Diese ganze politische mehr oder minder literarische Literatur des russischen neunzehnten Jahrhunderts ist behaftet mit dem Schwergewicht russischen Erbitterungs, das in den Zeiten der aufsteigenden psychologischen Fortschritt der Zeitraumbewertung wird. Die meisten russischen Schriftsteller dieser Epoche kommen aus dem Bürgertum oder aus der Aristokratie. Aber ihrer Seele liegt wie ein kleiner Nebel die große Melancholie des russischen Menschen, predigen die heilige Tat; aber sie sind zu schwach, sie zu wirken, ja selbst zu schwach, in ihrem Inneren an sie zu glauben. Aus ihrem Werk spricht immer ein akribischer Pessimismus. Jahrhundertlang stöhnte die russische Ebene, die russischen Gebirge, die Flüsse und Meeresküsten unter der Peitsche des Zarenismus. Wie der Traum der Freiheit dieses Volk aufzukeimen, es zur Tat treiben können? Die russischen Dichter, die von den verbrauchten Klassen herkommen, die mit geistiger Kraft in den Lebenskampf treten, zweifeln daran, daß das Schicksal dieses Volk, aus Duzenden Völkern zu einem unangenehmsten Reiche sich jemals würde zum Besseren wenden können. Es mußte einer aufstehen aus der unteren Arbeiterschaft, es mußte einer aufsteigen aus dem Volk selbst, das diesen Kampf um Freiheit und Gerechtigkeit durchzukämpfen haben, um dem Zweifel der russischen Dichter seinen Glauben entgegenzusetzen, um an den Platz des grübelnden Pessimismus die ehernen Siegeszeichen einer aufsteigenden Klasse zu stellen.

Viele Dichter aus den untersten Schichten des Volkes, dieser Prolet mit dem Glauben an die Zukunft Rußlands, dieser Kämpfer, der vom hellsten Optimismus befeuert wird, war Maxim Gorki.

Am 27. März 1868 wurde er in Nischni-Nowgorod als Sohn des Kunstmalers Maxim Pischlow geboren. Der Großvater des Knaben war Barkenknecht auf der Wolga gewesen, hatte das fürchtbare Dasein des ärmsten russischen Arbeiters durchlitten. Krankheit und Unglück schweben über der Kindheit des Dichters. Der Vater stirbt an der Cholera. Im Hause eines Onkels wächst Maxim Gorki auf (dies ist sein eigentlicher Name) auf; spät erst lernt er schreiben und lesen. Um ihn ist die düstere Welt des vollkommen rechtlosen russischen Proletariats. Einziger Trost der ausgemergelten, verzweifelten Menschen um ihn ist der Alkohol. Im Kaufschlagen die Männer ihre Frauen und Kinder, werden Morde und Verbrechen begangen. Diese Umwelt gibt dem jungen Maxim Gorki die ersten Eindrücke. Auch die Mutter stirbt. Der Knabe wird in einem Schußegeheft untergebracht, ist Hausknecht, Handlanger, Laufburche. Laßt seinem Lehrherren davon, lebt unter den Lasträgern in den Wolgahäfen und findet schließlich eine Stelle. Küchensuppe auf einem Wolgadamper. Der Koch leiht dem armen Kind Bücher, entzündet in ihm das Interesse für die Dinge, die rings umher geschehen, regt in ihm die Frage an nach dem Warum aller der seltsamen irdischen und irdischen Ereignisse, die man „Leben“ nennt. Der junge Mann verliert alles Lesbare, das ihm in die Hände kommt. Einen gewissen Bildungsgang hat er niemals durchgemacht. Oft wechselt er den Beruf. Heute ist er Zeichner in der Stadt, morgen finden wir ihn unter den Packträgern und Bagebunden der Häfen und Landstraßen; er ist Chorist in einer Oper, Gehilfe in einer Bäckerei, schießt sich einmal in einer Stunde trostlosster Verlassenheit eine Kugel durch die Lunge, arbeitet als Nachtwächter, reißt in den Güterzügen von einer Station des russischen Eisenbahndienstes zum anderen, nimmt Arbeit, wo er sie findet, im Eisenbahndienst oder in den Salzgärten des Meeres, als Straßenhändler oder als Holzarbeiter. Er wandert aber mit offenen Augen durch dieses dunkle Dasein, und beginnt die Bilder, die er von den Menschen und Schicksalen empfängt, festzuhalten und niederzuschreiben. Es entstehen kleine Schilderungen und Erzählungen, die in einer Zeitschrift erscheinen. Für seine ersten dichterischen Arbeiten erkennt sich Maxim Gorki als Pischlow im Plebejus, unter dem er berühmt werden sollte, und das über sein Erleben und über seine Werke sehr viel ausjagt: er nennt sich Maxim Gorki. Gorki heißt der Bittere.

Korolents war auf den verschüchterten, durch mannigfache Schicksale und Lebensgefahren geängsten Menschen aufmerksam geworden, der das Leben so scharf zu sehen und so unmittelbar in seinen anfänglich unbeholfenen schriftstellerischen Versuchen abzuzeichnen verstand. Er druckte einige der ersten Erzählungen Gorki's, und leitete des Dichters weitere geistige und künstlerische Entwicklung. Im Jahre 1895 wird der unsterbliche Wanderer in Samara als Redakteur endlich schaffig, geht ein Jahr darauf in seine Heimatstadt, bringt ein paar Jahre später zwei Romanhände und seinen ersten Roman heraus, und wird mit einem Schlag berühmt. Wegen eines revolutionären Gedichtes verbannt, wählt ihn dennoch die Akademie der Wissenschaften zum Ehrenmitglied, machte die Ernennung aber einer russischen Bemerkung des Zaren halber rückgängig. Im Dezember 1902 führt das Moskauer Künstlertheater Gorki's „Kochschiff“ auf. Diese Aufführung begründete den Weltkühn des ehemaligen Landpächters. Der Küchensuppe, der Bagebunden der Wolgahäfen war einer der größten Dichter der Gegenwart. Im Jahre 1905, im Stummjahr der Revolution, wird er wieder verhaftet, geht ins Ausland, löst seiner Krankheit halber auf Capri, darf erst knapp vor dem Kriege wieder nach Rußland zurückkehren; in der Revolution des Jahres 1917 reißt er den Weg der Veränderung der verschiedenen sozialistischen Parteien, gibt eine eigene Zeitung heraus, die während der Kerenki-Regierung auch Lenin und Stojew als Sprachrohr dient, nimmt schöpferischen Anteil am kulturellen Aufstieg des befreiten russischen Proletariats, sucht die besten Werke der Weltliteratur dem russischen Volke zugänglich zu machen. Seit 1921 lebt er wieder in Sorrent.

Die bürgerliche Literaturgeschichte begnügt sich mit der bescheidenen Feststellung, daß Gorki dem russischen Landstreicher, dem „Sachale“, Eingang in die Dichtung verschafft habe. Gewiß ist er als erster es gewagt (es war ein Wagnis) das Leben der

Ärmersten zu schildern. Denn der russische Bauer, der Muschik, den Tolstoj in den Mittelpunkt einiger Werke stellte, war noch ein Kröfus gegen die zerlumpten Gestalten, die die Landstraßen und Hafenpöbeln Rußlands bevölkerten. Die bürgerliche Literaturgeschichte nimmt aber keine Kenntnis davon, daß im dichterischen Werk Maxim Gorki's die große Bewußtseinsänderung des russischen Proletariats von dem im Dunkeln einer unverständlichen Welt tappenden unterdrückten Menschen zum selbstbewußten Kämpfer um eine neue menschliche Gemeinschaft aufgezeichnet ist. Gorki begann als Novellist. Seine erste Erzählung, „Makr Tschudra“, ist eine mit großer Kraft gestaltete tiefdichterische Zigeunergeschichte, in der die Liebe zur Freiheit über die Geschlechtsliebe triumphiert; sie ist wie eine geheimnisvolle witterte uralt Legende, die einen prachtvollen Luftsturz zum Lebenswerk Maxim Gorki's bildet. Und nun reihen sich in fast unübersehbarer Folge Erzählung an Erzählung. Menschenfischale, mit ein paar einfachen Strichen hingeworfen, Tragikomödien und Idyllen des Lebens, an den Rändern der endlosen Steppen, an den Ufern der nächtlich rauschenden geheimnisvollen Ströme, unter dem Stern

Frühling.

Von Rolf Seeharisch.

Es blüht im Bach der Sonnenstrahl
Und Schlehdorn blüht und Weiden...
Es grünt die Saat im weiten Tal,
Der Frühling kam mit einemmal...
Die schönste aller Zeiten...

Ein Wölkchen hoch im Aetherblau
Vom Sonnengold behangen...
Die zarte Blüt' im Morgenau,
Sie jagt den Frühlingshauch, so lau,
In innigem Verlangen...

Erstanden ist in großer Zahl
Windröschen weiß in Seiden...
Der Sieg'rin Sonne gold'ner Strahl
Lacht rings auf jungem Grün im Tal
Als Trost verwund'ner Leiden...

Und Fink- und Star- und Amseljaug
Quillt aus den Baumkronen;
Dazwischen mischt sich Glockenklang
Und löst zurück vom Vergeshang,
Die Pracht mit Dank zu loben...

Es prangt der Birke laute Pracht...
Warum dies festlich bleiben?
Die Luft am Leben ist erwacht...
Der Frühling kam in letzter Nacht,
Die schönste aller Zeiten!

(Mit besonderer Erlaubnis des Romantik-Verlages, Berlin, dem Buche „Lanternen“, von Rolf Seeharisch, entnommen.)

himmel; Schicksale der Namenlosen, Schicksale des Alltags, Szenen aus der Tiefe des Lebens, wo nur mehr ein kleiner Bodensatz Glück übrig geblieben, dafür aber die unendbare Qual und Marter eines Ringens mit einem unverständlichen Gegner. Geschichten von Dirnen und Mördern, von unheimlichen Warenhändlern und alten Hegen, Geschichten von Aberglauben und Alkohol, von brennendem Ehrgeiz und lebenshemmendem Grübeln, traurige, seltsame Geschichten, von Leidenschaften, die den Vater gegen den Sohn heßen, den Bruder gegen den Bruder, von großen Sehnsüchten nach ein bißchen Glück — und vom schmerzvollen Verzicht auf die ungeliebten Güter dieses Lebens. Ob nun eine Dirne, die keinen Menschen hat auf der Erde, sich einen Freund erfindet, ein Schustergehep vom grauen Einerlei des ewigen Alltags gegenständig getrieben wird, die Maschine einem Manne die Arme wegreißt oder das Leben einem Mädchen die Seele raubt, ob die Landstreicher, die Fischer, die Bauern ihr Schicksal beklagen oder ihren Traum träumen, immer hat ein Dichter Gestalten und Geschehnisse aufgezeichnet mit einem Herzen, das voll Liebe, mit einem Blick, der voll Mitleid, mit einem Verstand, der voll Verständnis ist. Es stehen in diesen Erzählungsstücken („Die Holzflößer“, „Verlorene Leute“ und „Erliebniße und Begegnungen“, alle in der Gesamtausgabe der Werke Maxim Gorki's im Makr-Verlag in Berlin erschienen) einige der tiefsten und erschütterndsten Novellen des russischen Schrifttums überhaupt, wie „Dora“ und „Tschelisch“. Aber Maxim Gorki erzählt von diesen Barfüßlern, von den verlorenen Leuten des russischen Volkes nicht nur, um ihr Leben abzuzeichnen. Er zeigt in jeder Geschichte den guten Kern in ihrer Seele. Er zeigt immer wieder, daß sie nicht Schuldige sind, sondern Opfer, daß die Gesellschaft, die sie ins Elend stößt, wie auch zum Alkohol und den Verbrechen drängt, und daß sie in ihrem Herzen nicht nur die Sehnsucht, sondern auch die Kraft des Aufstiegs in ein besseres Leben schöpferischer Arbeit für die Gemeinschaft tragen.

Alle diese Erzählungen sind, wie der Titel des einen Buches lautet, „Erliebniße und Begegnungen“, eigene Schicksale oder Schicksale der Angehörigen, mit denen Gorki auf seinen jahrelangen Wanderungen durch Rußland zusammen gelebt hat. Und alle sind, wie der Untertitel seines berühmtesten Dramas lautet, „Szenen vom Grunde des Lebens“.

Auch das „Nachts“ wird bevölkert von den „verlorenen Leuten“, die ihren dumpfen Trieben leben, zu Nord und Ostschloß gerissen werden, durch die aber der Pilger Luka schreitet mit seiner Botshaft vom Aufstieg der Gelunden und Starzen in ein anderes Leben. „Nachts“ ist eines der stärksten Anklagedramen der Weltliteratur, eine der nobelsten Schilderungen der Verwundung, die die bürgerliche Klassengesellschaft in den Herzen der Menschen anzurichten vermag. Auch in den anderen Dramen Gorki's, den „Kleinbürgern“, den „Kindern der Sonne“, den „Freunden“ lebt dieser Geist der sozialen Anklage. Lebt diese Gewißheit, daß die Menschheit, die Gelundenen, die „Gemeinen“ dazumit die korrupte Gesellschaft von heute ablösen und eine neue, gerechte und freie Welt begründen werden.

Wie diese Gesellschaft von heute aussieht, schildert Gorki's erster großer Roman „Zoma Gerdejew“. Er ist der Roman der russischen Kavallerie, der Zinanzbourgeoisie, die zu ihrer sozialen Macht auch die politische erlangen will. Zoma Gerdejew, der Sohn eines Kaufmanns, dem Geldmachen noch Arbeit, Lust am Schaffen war, lebt ohne Charakter und ohne anderen Lebenszweck als den des sinnlosen Genusses hin, bis er der Gelage und der

berben Späße überdrüssig wird und die ganze Leere seines Daseins, das Verbrecherische seiner ganzen Klasse erkennt. Er klagt seine eigene Klasse an — und wird als verdorbener Prophet des Weltunterganges verlacht und verhöhnt. Diese Gesellschaft, die Zoma Gerdejew repräsentiert, wenn er auch eine rühmliche Ausnahme macht, muß abtreten, denn „die Zukunft gehört den Männern der ehrlichen Arbeit“. Die Zukunft gehört dem Bauern, dem Arbeiter, dem Arbeiter. Gorki schildert er die Schicksale der „Dreieinigen“, die Schicksale in einem Armelehnthaus. Dirnen, Straßenhändler, Zuhälter, Handwerker, arbeitssame und saule, tüchtige und lebensschwache gegen ihren Weg, alle bedrückt von der schweren Frage: was ist Leben, was ist Sterben? Sie leben, sie sterben, und wissen nicht warum. Sie haben den Drang, emporzukommen, ein Glück zu erreichen — aber was ist denn Glück? Durch Nord und Not führt ihre rote Straße der Erkenntnis. Durch unglückliche Kümmernisse führt der Weg zu der Stunde, in der ihnen bewußt wird, daß es zwei Klassen gibt, eine herrschende und eine beherrschte, eine genießende und eine arbeitende. Am Abendhimmel ihres Lebens kündigt sich ein Dichters, kündigt sich die Arbeiterbewegung, die ihrem Dasein Sinn, Halt und Inhalt geben wird. Die junge russische Arbeiterbewegung selbst erfüllt dann Gorki's monumentalsten, bedeutendsten Roman, den Roman „Die Mutter“. Diese abgehärmte Proletarierfrau, die ihr ganzes Leben der revolutionären Propaganda widmet, die leidenschaftlicher als die Jungen eintritt für eine Umgestaltung unserer Gesellschaft, ist die Mutter aller proletarischen Revolutionäre, und ihre Geschichte ist die Geschichte einer jeden großen, tatengebärenden revolutionären Begeisterung. Nach diesem größten russischen Arbeiterroman der vorbolshewistischen Zeit untersucht Gorki in der „Beichte“ die Frage der Kirche, die so ungeheure Macht über das Bewußtsein des russischen Arbeiters hat, und zeigt auf, wie auch Gott nur ein Machtmittel der herrschenden Klasse, wie auch die Klöster nur Geschäftsstellen geworden sind. Im „Spiegel“ stellt er an der großen Volksbewegung des Jahres 1905 die Spionagemethoden der Regierung und das Schicksal eines gepöbelten Massenführers dar, das zum Spiegel erzogen wird, seine Brüder und Verwandten an die Klassenfeinde verrät und, wie die anderen Spiegel, elend zugrunde geht, von seinen verächtlichen Ausragern erschadet und wie ein verendeter Hund eingescharrt. Nach einem kleinen Roman, „Sommer“, greift Gorki in dem zweibändigen Werk „Matwan Roschmjakin“ wieder auf das alte Urproblem der russischen Psychologie zurück, auf den unentschlossenen, grübelnden Menschen, den russischen Hamlet, den „Ueberflüssigen“, wie er im russischen Schrifttum genannt wird, dem jede Tat laß, jeder Entschluß ein Risiko ist und der auf seinem Passionswege durch die Täler der Menschen zu dem Ergebnis kommt, daß man wie ein Tiger im Dschungel leben muß, um glücklich sein zu können. Lebt man als Mensch im Dschungel der Menschen, ist man zu ewigem Leid und schmerzvollster Enttäuschung verdammt. Auch in diesem, vielleicht schwersten und schwermütigsten, Roman ruft Gorki auf gegen den Pessimismus, predigt er den Glauben an den Menschen, der sich selber frei zu machen vermag, predigt er aber auch die Güte, die Ueberwindung der Grausamkeit. Dielem poetisch sehr starken, in der Beherrschung der epischen Technik ganz wunderbaren Buch folgt dann der Roman vom „Welt der Arlamonow's“, der rückwärtig die sozialen Notwendigkeiten aufzuzeigen unternimmt, die das heutige Rußland aus dem geistigen Wachen ließ, der Aufstieg und Niedergang des russischen Bürgertums als eine selbsterlöschende Kette von Ursachen und Wirkungen dichterisch nachgezeichnet.

Sind die Novellen immer nur knappe Ausschnitte aus menschlichen Schicksalen, so sind seine Romane meist Schilderungen eines ganzen Lebenslaufes. Diese Lebensläufe sind meist Umwandlungen des Lebenslaufes des Dichters selber, und sind dichterischer Niederschlag der Bewußtseinsentwicklung des russischen Proletariats. Die Ueberwindung der Melancholie, die Ueberwindung des Pessimismus, die Aufdedung der schöpferischen Kräfte des Proletariats und die eiserne Gewißheit, daß dieses russische Proletariat eine neue Welt wird schaffen können, sind die inneren Triebkräfte aller Dichtung Maxim Gorki's. Sie lenken den Weg des russischen Arbeiters zu der großen Straße, die das gesamte Weltproletariat geht, zu der Straße des Sozialismus. Für den Sozialismus hat der russische Arbeiter Maxim Gorki gekämpft und gestritten; ihn hat er in den schwersten Tagen der Revolution hochgehalten. Ihn dienen alle seine Werke. Ihn werden seine Werke erfüllen helfen.

Fritz Rosenfeld (Wien).

Ein gescheiterter Schriftsteller.

Novelle von Maxim Gorki.

In einer schmerzigen Schente, in einer düstigen Masse halbverwundener lüdtiger Menschen erzählte mir eines Nachts ein noch nicht alter, aber vom Leben arg zersetzter Mensch:

„Was hat der Telegraphist Malaschin zugrunde gerichtet?“ Er neigte den Kopf mit der zerkrümelten Jockimühle, schaute unter den Tisch, gab seinem kranken Bein eine andere Lage, indem er es mit beiden Händen hochhob, und leuchtete lange und heiser.

„Ja der Telegraphist Malaschin. Unter Proßt nannte ihn einen fahrlässigen Knaben, die Mädchen sagten — Malaschin. Er war klein, gut gewachsen, mit roten Wangen, braunen Augen, dunklen Brauen, weiblichen Händen; richtig so einer, die man „Schubhühn“ zu nennen pflegt. Lustig, mit jedermann freundlich, war er überall gern gesehen in unseren Städtchen, in dem dreitausendfünfhundert Einwohner ohne besondere Hoff die üblichen Pflichten von Menschen erfüllen. Als ich zwanzig Jahre alt war, paarte mich derart der Weltkühn, daß meine Seele ganz krank war, mich qualte und schreckte die stille Empfindlichkeit der Menschen, unerschütterlich blieb mir der Sinn dieser Empfindlichkeit, ganz rathlos schaute ich alles an und einmal, im Drange der Gefühle, schrieb ich eine Erzählung „Wie die Menschen leben“. Als sie fertig war, schickte ich das Manuskript an die Zeitschrift „Niva“. Ich wartete auf die Entscheidung meines Schicksals eine Woche, einen Monat, zwei Monate und gab es dann auf; solche Sachen sind eben nicht für unjüngere. Vielleicht drei Monate oder noch länger waren verfloßen; da traf ich mal Malaschin.

„Ich habe eine Postkarte für dich“, sagte er. Er gab mir die Karte, auf der zu lesen stand:

Ihre Erzählung ist sehr langweilig geschrieben, und man kann sie jedenfalls nicht als gelungen bezeichnen, aber Sie haben offenbar Talent. Schreiben Sie uns mal wieder etwas!“

Ich will mich jetzt nicht weiter darüber auslassen, wie ich mich freute! Malaschin erzählte mir sehr liebenswürdig, er habe die Postkarte schon drei Tage in Händen. „Ich habe sie zufällig in der Post an mich genommen, um sie dir zu übergeben, und vergaß es nur immer wieder. Du schreibst also Erzählungen, wo möglich wohl gern auch so ein Graf Tolstoj werden?“

Wir lachten beide und trennten uns dann. Aber noch an demselben Tage, als ich des Abends nach Hause ging, rief mir der Diakon, der gerade an seinem Fenster saß, zu:

„Hallo, du da, du, du Schriftsteller! Du werde ich es schon bringen. Und drohte mir mit der Faust. In meiner Freude legte ich weiter kein Gewicht auf die Gebärde des Diakons. Ich kannte ihn als einen phantastischen Menschen, in seiner Jugend mochte er immer zur Oper gehen, aber weiter als bis zum Dirigenten im Bühnischen Chor hatte er es nicht

gebracht, und es gelang ihm nicht, in der Gouvernementsstadt ...

„Allo, so weit wären wir — freute ich mich. Ich war damals ein sehr hübscher Jüngling von nachdenklichem Gemüt ...“

„Ich schaute mich aber jetzt sofort als schöner Mann von ansehlicher Erscheinung. Und wiederum hatte ich also Talente ...“

„Die Schriftsteller? Bitte wollen sie nicht Tee nehmen! Tun sie doch bitte Zunder hinein.“

„Dichter lesen immer ihre Verse vor, wenn sie eingeladen sind. Sie müssen das auch tun!“

„Einige Zeit später sagte meine Tante — ich bin Weise und lebe bei meiner Tante.“

„Ich dachte ich mir, da ist mal der Kaiser unter die Hufen gekommen.“

„Ich habe mich drei Jahre vorbereitet“, brüllte er immer wieder, „und du ...“

„Ich bin nicht ein bisschen ...“

„Ich bin nicht ein bisschen ...“

wie es Sitte ist; ich geriet in Schweiß und fühlte schreckliches ...

„Ich ging nach Hause; auf der Straße hatten mich drei Masken ...“

„Er schaute mich an und schloß müde die Augen.“

„Ich bin Pferdehändler, hier an der Rennbahn bin ich. Einem ...“

„Er seufzte und sagte dann: leise hinzu, als sage er einen Vers ...“

„Das ist natürlich noch ein Scherz“, sagte ich ...“

„Sie sagten nur noch lauter. Dann redeten sie auf mich ein ...“

„Dichter lesen immer ihre Verse vor, wenn sie eingeladen sind.“

„Ich bin nicht ein bisschen ...“

„Ich bin nicht ein bisschen ...“

Dichter und Komponist der „Internationale“

In den letzten Wochen las man des öfteren über Komponisten und Dichter der „Internationale“ einander widersprechende Angaben ...

„Der Komponist der „Internationale“ ist Pierre Degeyter ...“

„Einigen, dem Schreiben beigelegten französischen Zeitungsartikeln ...“

„Eugène Pottier wurde am 4. Oktober 1816 geboren und starb im Abend ...“

„Hier war das Schlachthaus, die Fleischkammer! Die Opfer stiegen von dieser ...“

„Unter seinen Liedern ist das Beste: „Voran! Eisenhütten, Bergwerke, Fabriken und Schmieden ...“

„Auf dem ersten Deutschen Arbeiter-Sängerbundesfest wird die „Internationale“, das gemeinsame Werk von Eugène Pottier und Pierre Degeyter ...“

„Walter Hünel, Berlin.“

„Lustiges. Aus der Schule.“

Werdende Mutter.

Als Schritte traumverloren sie von hinnen, So schickst du dich über diesen gehen.

Und täglich müht sie sich in frohen Schauern, Das Wunder ihres Leibes zu ergründen.

Ganz nahe ist ein Herz aus ihrem Herzen, O, tief ist sie gefasst für neues Leben.

Paul Oestreich.

Zu seinem 50. Geburtstage. Ziel erkannt und heiß umstritten steht Paul Oestreich im Chaos unserer Zeit ...

„Der Mensch erobert sich sein geistliches Selbst erst aus seinen vielen Möglichkeiten durch ...“

„Das ist in gewissermaßen ...“

„Selbst der Herr ...“

Aus Schlesien.

Der Ausbau der Ober.

Der Landtag hat vor einigen Tagen in zweiter und dritter Lesung das Kreditgesetz für den Ausbau der unteren Ober erledigt. Das Preussische Landwirtschaftsministerium hat sich bemüht, die Vorarbeiten auch für das Kreditgesetz zum Ausbau der oberen und mittleren Ober so zu beschleunigen, daß es gleichfalls noch vor der Vertagung des Landtages erledigt werden kann. Es handelt sich um einen Betrag von etwa 4 Millionen Mark, der auf dem Kreditwege bereitgestellt werden soll. Das Gesetz ist noch rechtzeitig dem Staatsrat zu seiner gestrigen beendeten Tagung vorgelegt worden. Da es irgendwelche Schwierigkeiten im Landtage nicht verursachen wird — denn alle Parteien sind sich einig über die Notwendigkeit der beschleunigten Fortführung der Arbeiten und es würde ein nicht wieder einbringender Zeitverlust eintreten, wenn man mit der Verabschiedung des Gesetzes erst in dem neugewählten Parlament fertig würde —, so wird es vermutlich ohne Debatte zur Annahme gelangen.

Verwendung von Grenzmitteln.

Wie wir erfahren, soll die Provinz Niederschlesien an den Mitteln, die Preußen außerplanmäßig zur Fürsorge für die Grenzgebiete zur Verfügung stellt mit etwas mehr als 1 Million Mark beteiligt werden. Davon sollen für den Wegebau 450 000 Mark bereitgestellt werden. Es ist noch nicht im einzelnen bekannt, welche Straßen in den verschiedenen Kreisen hiermit gefördert werden sollen, doch werden vorzugsweise Chaussees in den nördlichen Grenzkreisen Berücksichtigung finden. Zur Senkung der Volksschullasten sind 125 000 Mark zur Förderung des Fort- und Berufsschulwesens 100 000 Mark in Aussicht genommen. Landwirtschaftliche Interessen (Weidungen usw.) sollen mit 150 000 Mark berücksichtigt werden. Für soziale Zwecke sind 225 000 Mark in Aussicht genommen. Hiervon soll ein erheblicher Betrag für den Bau einer Wasserleitung in Neuhendorf (Kreis Waldenburg) entnommen werden, ferner sind für das Jugendherbergswesen und schließlich für einige soziale Einrichtungen in den Nordkreisen Beträge aus diesem Fonds in Aussicht genommen worden. Die Provinz Oberschlesien soll mit etwas über 1 1/2 Millionen aus dem gleichen Fonds bedacht werden, die für ähnliche Zwecke Verwendung finden sollen.

4. Oberschlesischer Provinziallandtag.

Der 4. Oberschlesische Landtag tritt am 2. und 3. April im Landeshaus Oppeln zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Erledigung einer Tarifvorlage für Ermäßigung der Frachttarife landwirtschaftlicher ober- und niederschlesischer Erzeugnisse, ein Antrag über die Hochwasserabflußverhältnisse der Klodnik, Bereitstellung weiterer Geldmittel zur Ausführung des Dbergeses und die Übernahme von Zinsen für Darlehen, die von der Provinzialbank für ländliche Neubesiedlungen und für Anlageerwerbungen gegeben werden. Außerdem stehen die verschiedenen Haushaltspläne zur Beratung.

Im Anschluß an die Tagung des Niederschlesischen Landtages am 26. und 27. März dürfte sich der Oberschlesische Landtag dann wohl auch mit der Angelegenheit des Finanzskandals im Niederschlesischen Provinzialauschuß auseinandersetzen.

Schwere Ausschreitungen von Polenhegern.

die die Gefahr eines politischen Schändens und einer Racheakte gegen die deutsche Minderheit in Polen heraufbeschwören, ließ sich gestern eine Bande von etwa 25 Polen zuschulden kommen. Sie überfiel die Versammlung einer polnischen Kleinkinderschule, die in einem Weithener Lokal tagte und an der auch der Polenführer, Dr. Michalec, teilnahm. Die Versammlung selbst war in voller Ruhe verlaufen, als plötzlich kurz vor ihrem Schluß die Horde einbrach und in der wüsten Weise auf die Polen losging. Mehrere Personen wurden dabei verletzt. Weitere Ausschreitungen konnten nur durch das Ueberfallkommando verhindert werden. Die Angelegenheit wird von den zuständigen Behörden untersucht.

Neurode. Kein Miß — Tafsache. In dem kleinen Städtchen Neurode mit reichlich 8 000 Einwohnern existieren drei Zeitungen, deren Redakteure alle den Namen Müller tragen. So heißt der Redakteur unserer Parteizeitung Bernhard Müller, der Redakteur der Zentrumszeitung (Volkswacht) Paul Müller und der Redakteur der „neutralen“ Neuroder Nachrichten Kurt Müller.

Mittelsteine. Kreis Neurode. Das „richtige“ Verhältnis — 7 Beamte und 4 Arbeiter. Bei den Schlesienwerken für Holzgewinnung in Mittelsteine kommen jetzt während der Aussperrung auf die dort beschäftigten 4 Arbeiter 7 Beamte. Gewöhnlich ist es doch so, daß das Aufsichtspersonal immer in geringerer Anzahl vertreten ist. Sollen etwa jetzt die 4 Mann auf die 7 Mann aufpassen?

Landkreis Breslau/Neumarkt.

Schwoitzsch. Liebesgaben an die Kinder. Der Schulpfandstand in seiner letzten Sitzung den Beschluß, daß die Hauszinssteuer, die die Kirche zu zahlen hat, von der Schule gezahlt werden soll. In der Prozedur der Schule gegen die Kirche wurde beschloffen, daß die Schule 5000 Mark, die der Kurator der Universität der Schule als Abfindung zahlen will, der Kirche gegeben werden sollen, weil sonst der Magistrat zu Breslau dieses Geld erben würde.

Oswitz. Aus der Gemeinde. Die am Montag, den 26. März, in der Volkshalle tagende Gemeindevorstellung stand im Zeichen der bevorstehenden Eingemeindung. Als Mitglieder der Verwaltungsdeputation wurden entsprechend der vereinbarten Gemeindefusion für die Gemeinde Oswitz die Herren Robert Winkler und Willi Seer, sowie die Herren Georg Altmann, Willi Speer und Paul Jörn gewählt. Ebenso wurde die Wahl der fünf Ersatz- und fünf Nachschatzdeputierten in ähnlichem Stärkeverhältnis vorgenommen. Die Wahl des Bezirksvorstehers entfiel auf Hauptlehrer Riedel und als Stellvertreter und Wahlenrat wird Genosse Georg Altmann jungerer. Weiter wurden sieben Wohlfahrtspfleger und zwei Jugendpfleger gewählt, und zwar als erstere im bisherigen Gemeindebezirk die Genossen Paul Rose, Albert

6. Niederschlesischer Provinziallandtag.

Sozialdemokratische Kritik an der Besoldungsvorlage.

Provinzialauschuß vom 26. März 1928.

Kritischer Bericht.

Der Provinzialauschuß bewilligte in seiner Sitzung vom 26. März 1928 die reglementsmäßigen Bauhilfsgelder für die Fertigstellung an den als Notstandsbaue im Jahre 1927 begonnenen Straßenbauten und stellte die hierfür erforderlichen Mittel zur Verfügung. Die Landtagsvorlage, betreffend Übernahme der Blinden-Unterstützungsanstalt und des Blindenheimes in Breslau auf den Provinzialverband wurde genehmigt. Des weiteren fand eine Landtagsvorlage, betreffend Ermächtigung des Provinzialauschusses, für die Errichtung und Unterhaltung einer Grünlandsschule einen laufenden Beitrag der Provinz zuzusichern, Zustimmung, desgleichen eine Landtagsvorlage, betr. Landesratswahl.

Der Provinzialauschuß nahm die Neuwahl der Beisitzer und Stellvertreter für den Gesundheitsbeirat beim Oberbergamt in Breslau vor. Er stellte ferner fest, daß in die Provinzial-Hebammenkammer anstelle eines ausgeschiedenen ordentlichen Mitgliedes das bisherige Stellvertreter Mitglied, Frau Hebamme Klara Hoffmann aus Breslau als ordentliches Mitglied und dafür Hebamme Frau Erfriede Taube aus Steinau a. O. als stellvertretendes Mitglied berufen worden ist.

Der Assistenzarzt bei der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt in Brieg, Herr Dr. Korsch, wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 ab zum Abteilungsarzt ernannt. Des weiteren wurden noch mehrere Provinziallandtagsvorlagen vorbereitet, die während einer demnächst während des Landtags stattfindenden Fortsetzung der heutigen Sitzung endgültig festgelegt werden sollen. — Endlich wurden laufende Aufgaben des Provinzialauschusses erledigt.

Dienstag-Sitzung des Landbundes.

Die Plenarsitzung wird am Dienstag kurz nach 15 Uhr durch den Vorsitzenden Landmann eröffnet, der einleitend die Konstituierung der einzelnen Ausschüsse bekannt gibt. Abg. Genossin Meißner (Soz.) berichtet über die Verwaltung des

Provinzialverbandes

im Jahre 1926. Die durchschnittliche Zahl der in den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten betrug in der Zeit vom 1. April 1926 bis Ende März 1927 einschließlich der in Familienpflege untergebrachten Kranken 1380 Köpfe. Die zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 1 440 000 Mark sind im Rechnungsjahre 1926 noch nicht in voller Höhe gebraucht worden. Da jedoch im laufenden Rechnungsjahre 1927 der Zuwachs an Kranken wieder stärker als im Vorjahre gewesen ist, so wird der verbliebene Rest nicht nur voll zur Verwendung gelangen, sondern es werden darüber hinaus noch weitere Mittel beantragt werden. Zur Fürsorgeziehung wurden im Berichtsjahre 629 Jugendliche, also 60 mehr als im Vorjahre gemeldet. Die Fürsorge für erkrankte Hilfsbedürftige war wie früher besonders groß für die Kriegsbeschädigten und Kriegeshinterbliebenen. Die Zahl der Geisteskranken, Idioten und Epileptischen ist von 6970 auf 6456 gestiegen. Von den Bezirksfürsorgenerbänden dem Landesfürsorgenerbände gemeldeten 3123 Krüppelfällen wurden 914 (also 29,4 Prozent) in Pflege- und Berufsausbildung genommen.

Hochwasserzuschuß.

Ueber die Arbeiten zur Ausführung des Hochwasserzuschusses von 1900 bis 1926 berichtet Abg. Bartels (Ztr.). Die großen Katastrophenhochwasser im Jahre 1926 haben umfangreiche Zerstörungen verursacht, so daß mit allen Kräften an der Beseitigung der entstandenen Schäden gedacht werden mußte. Zeitweilig mußten über 2000 Arbeiter täglich hierfür beschäftigt werden. Größtenteils sind die Arbeiten als Notstandsarbeiten im Wege der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Ausführung gekommen. Für diese Notstandsarbeiten wurden im Berichtsjahre 1926 zirka 1 555 032 Mark verausgabt. Die durch den Provinzialauschuß im Rechnungsjahre 1927 bewilligten Beihilfen aus dem Landesmeliorationsfonds erhalten die Zustimmung des Hauses. Die Staatsregierung wird ersucht, bereits im Jahre 1928 Mittel für den Beginn der Hochwasserzuschussarbeiten im Gebiete der Partsch zur Verfügung zu stellen. Einen Gesetzentwurf für die „Schwarze Elster“ (Reinhaltung des Flusses, Regelung der Vorflut, des Hochwasserabflusses, Ableitung der Abwässer, Ueberwachung usw.) zur Bildung einer Elster-Gesellschaft wird zugestimmt.

Ueber die im Vorjahre errichtete Stadtschaft der Provinz Niederschlesien wird der Geschäftsbericht und der Haushaltsvoranschlag für 1928 vorgelegt und genehmigt. Des weiteren wird der Bericht über die Verwaltung der Landeskultur-

rentenbank der Provinz genehmigt. Die Aenderung der Satzung der Provinzialhilfskasse wird zugestimmt und der Provinzialhilfsauschuß ermächtigt, etwaige Aenderungen des Entwurfes, von dessen der Minister keine Genehmigung abhängig macht, vorzunehmen.

Museum der bildenden Künste.

Der Haushaltsplan des Schlesischen Museums der bildenden Künste für 1928 wird genehmigt und in Einnahme und Ausgabe auf je 200 000 Mark festgelegt. Die gleiche Zustimmung erhält der Haushaltsplan der Provinzial-Erziehungsanstalt Woslau für 1928. Hierbei demängelt Abg. Schulz (Komm.) die Verpflegung der Zöglinge in Woslau und Groß-Rosen. Der Haushaltsplan für die Provinzial-Erziehungsanstalt Schweidnitz wird mit einer festgesetzten Einnahme und Ausgabe von 71 500 Mark genehmigt.

Ueber die Errichtung eines provinziellen Kindergeneesungsheimes in Jannowitz im Riesengebirge berichtet Abg. Genossin Thomas-Franz (Soz.). Durch diesen Neubau wurden die von der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt zu Bunzlau abgemieteten Räume (zwei Häuser) frei werden und damit zur Belegung mit 120 Geisteskranken zur Verfügung stehen. Der Provinzialauschuß wird beauftragt, das Bauprojekt für das Jannowitz Kindergeneesungsheim, wie den Kostenschlag endgültig nachzuprüfen und festzusetzen und die für die Deckung des Restes der Bauausgabe erforderlichen Kredite aufzunehmen, da erst nach Sicherstellung dieser Kredite mit dem Bau begonnen werden kann. Die Verwendung des aus Reichsmitteln für die Zwecke der Kriegsofferfürsorge aufgesammelten Zinsen-Sparfonds von etwa 300 000 Mark wird für den Neubau genehmigt.

In längeren Ausführungen gibt Abg. Krause (D. Sp.) den Bericht über die Neuregung der Beamtenbesoldung.

In der Aussprache über die Besoldungsreform übt zunächst Genosse Koesler (Soz.) Kritik an der Besoldungsordnung und weist auf die Mängel der provinziellen Regelung gegenüber der preussischen Besoldungsreform hin. Im besonderen begründet er die Anträge der Sozialdemokratischen Fraktion: Stadtboten, Förstner usw. sind aus Gruppe 11 in die Gruppe 10b einzukufen. Die zehn- und zwanzigprozentigen Abzüge bei weiblichen Beamten, ebenso die ungeschicklichen Steuereinzugänge in den höheren Gruppen sollen in Fortfall kommen. Das Pflegepersonal ist von der Gruppe 10a in Gruppe 9 einzukufen. Abg. Dombronsky (Komm.) kennzeichnet an der Erledigung der Besoldungsreform den Klassencharakter des Provinziallandtages, und schließt sich im übrigen den Anträgen der Sozialdemokratischen Partei an. Abg. Burmann (Soz.) verurteilt aufs schärfste, daß ein Gremium mit der Ausarbeitung der Besoldungsreform beauftragt worden ist, das kein gesetzlich verankertes Organ der Provinzialverwaltung darstellt. Er wird sich den Einspruch gegen ein solch verfassungswidriges Vorgehen bei den dementsprechenden Stellen vorbehalten. Geradezu unmöglich aber ist die Art der Deckungsvorlage, die wohl ein ähnliches faum in einer Verwaltung aufweist. Keine Verwaltung dürfte es wagen, so hohe Summen für Personalausgaben ohne jede Deckung für das kommende Jahr einzusetzen. Unerhört sei es, die beamtete Frau in der Weise, wie sie hier vorgehen ist, zu benachteiligen.

In der nun folgenden Abstimmung werden sämtliche Anträge der sozialdemokratischen Fraktion von der Rechten und der Mitte des Hauses niedergestimmt. Bezeichnenderweise stimmten auch die bürgerlichen Frauen gegen den sozialdemokratischen Antrag, die Abzüge bei weiblichen Beamten, die gleiches zu leisten haben, zu streichen. Darauf erklärte Abg. Mache (Soz.), daß seine Fraktion gegen eine Kenntnisnahme des Berichtes stimmen werde. Der Antrag des Ausschusses wird alsdann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Die Mehrkosten für die Besoldungsreform belaufen sich für das nächste Jahr auf rund eine Million Mark. Da die vom 1. Oktober 1927 bis 31. März 1928 sich ergebenden Mehrkosten von rund 500 000 Mark durch die zu erwartenden Mehreingänge an anderweitigen Einnahmen nicht gedeckt werden, so ist der verbleibende Betrag als Fehlbetrag aus 1927 in den Hauptverwaltungs-Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1928 einzusetzen.

Die nächste Plenarsitzung findet Mittwoch um 13 Uhr statt.

Kleinert, Genossin Stephan und die Herren Hoffmann und Aust und vom bisherigen Gutsbezirk Genosse Andreas Debitius und Gutsinspektor Tiehe. Das Amt der Jugendpfleger werden Genosse Speer und Lehrer Krenner übernehmen. Unter „Mitteilungen“ wurden die Anträge der Freiwilligen Feuerwehr auf Bewilligung von Geldbeträgen zur Ausschmückung des Ortes anlässlich des nächsten hier stattfindenden Verbandstages und zur Beschaffung eines Schlauchwagens, Mobell „Wannsee“, genehmigt. Neben der Errichtung eines Feuerwehr-Geräteklappens wurde noch über die Nachlässigkeit der Stadt Breslau in bezug auf die beantragte Müll-Fernsprechanlage und hinsichtlich der Sportplatzangelegenheit debattiert. Die

Interessen unseres Dries sowohl in diesen Problemen, als auch in dem Schicksal unserer Volkshalle zu vertreten, wird Aufgabe der Verwaltungsdeputation sein. Nachteilig für die hiesige Bevölkerung wird sich unter anderem die Eingemeindung deshalb auswirken, weil als Verwaltungsstelle nicht Oswitz, sondern voraussichtlich Rosenthal in Frage kommt.

Kietzdorf. Unglück beim Radrennen des Arbeiter-Radfahrerbundes. Am Sonntag veranstaltete die Ortsgruppe Hartlieb-Kietzdorf-Krieten des Arbeiter-Radfahrerbundes den Vorlauf zu ihrer Vereinsmeisterschaft. Dabei kürzten einige Genossen durch eine Henne, die in die Räder lief und zogen sich teils leichte, teils schwere Verletzungen zu.

Die Gestaltung des Profils

des „Continental 1928“ verbürgt höchste Fahrsicherheit, langsame Abnutzung des Laufgummis und restlose Übertragung der Motorkraft.

Darum wähle nur den Reifen

Continental

1928

Belieferung nur durch Händler.



